

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 27 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegraphennummer: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Blutherrschaft“ Judenangst im Braunen Hause

„Es riecht nach Pulver, und es wird gefochten werden... Wer zuerst schießt, der gewinnt!“ So sprach jüngst der stets muntere Oldenburg-Januschau in Zoppot. Man legte es zum übrigen, ohne viel darüber nachzudenken, ob dieses Maschinengewehrgerede auf Polen, Franzosen oder Margisten zielte. Schließlich waren es doch nur Worte.

Aber siehe da! Nun kommt der „Völkische Beobachter“ herbeigestürzt und schreibt Feiernordia. Die Reaktion will auf Nationalsozialisten schießen lassen... Wir fragen den Reichspräsidenten am Vorabend seines 85jährigen Geburtstags, ob er sofort auf die Erwartungen auf eine Blutherrschaft seinerseits (!) eindrucklich zu antworten gedenkt!

Tragisches Mißverständnis! Wenn der Januschauer schießen will, dann bestimmt nicht auf seinen Signatär am Reichstag, Goebbels, mit dem er sich so oft jählich unterhalten hat! Aber auch — lehrreiches Mißverständnis!

Jahrelang bestand die Politik der NSDAP. fast ausschließlich darin, daß sie ihre Gegner mit dem Erschießen, Erhängen, Köpfen oder Torturen bedrohten. Noch bei den letzten Verhandlungen hat diese edle Sorte von Politik eine erhebliche Rolle gespielt. Man kann darüber jetzt im „Stahlhelm“ folgendes lesen:

„Herr Hitler hat in den Verhandlungen, die Mitte August mit den Beauftragten des Reichspräsidenten stattgefunden haben, nicht nur den Reichspräsidenten für sich verlangt, sondern darüber hinaus, sozusagen als Vorleistung gefordert.

daß ihm vor der Amtsübernahme drei Tage lang die Straße (unter Zurückziehung der staatlichen Machtmittel) für seine SA freigegeben würde.“

Die nationalsozialistische Presse hat bisher stets jede Äußerung der Mißbilligung und des Abscheus gegen solche verbrecherische Pläne als „Judenangst“ bemittelt und verhöhnt. Raum aber wird — und sei es nur mit dem Munde — der Spieß umgedreht, da erhebt sich schon im Braunen Hause ein gellendes Angstgeschrei.

„Wer zuerst schießt, der gewinnt!“ Diese solide Raubmördertheorie des alten Januschauers ist die Theorie aller Gewaltpolitiker und Diktatorapostel. Man hat sie uns so oft in die Ohren gebrüllt, daß wir gegen sie schon ziemlich abgestumpft sind. Um so erstaunlicher ist, wie empfindlich das nationalsozialistische Trommelfell auf sie reagiert!

Eine fiktionalische Vesper ist für sie eine Kleinigkeit. Sie wollen nur vom Reichspräsidenten die Garantie, daß ihnen selber dabei nicht das geringste passieren wird!

Dela eröffnet

Müggelsee, der zukünftige Wasserflughafen

Heute vormittag um 10 Uhr fand in der Ehrenhalle die Eröffnung der Deutschen Luftflottenausstellung 1932 (Dela) vor einer stattlichen Anzahl geladener Ehrengäste statt, unter denen man Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Wissenschaft und Wirtschaft und des diplomatischen Korps bemerkte.

Im Namen der Stadt Berlin begrüßte Oberbürgermeister Dr. Sahn die Erschienenen. Neben dem vorbildlichen Berliner Flughafen in Tempelhof sei im Westen Berlins der Flughafen Staaten geschaffen worden, der der Ausbildung von Flugzeugführern diene. Dieser Flughafen sei auch als Zentralflughafen auszuweisen. Im Südosten werde gegenwärtig der Flughafen Johannisthal durch eine große Anzahl von Erweiterungen wieder instandgesetzt. Erforderlich sei auch, daß Berlin neben seinem Landflughafen einen geeigneten Wasserflughafen besitze, und hierfür sei schon vor Jahren der Müggelsee in Aussicht genommen. Auch dem Aufschwung des Segelflugsports trage Berlin Rechnung, und auf dem Segelflughafen in Gatow werde dieser Sport eifrig betrieben. Es sei notwendig geworden, auch außerhalb Berlins in

Der Streik der Ziehleute

Die Unternehmer stellen sich um

Heute früh hat der Streik der Möbeltransportarbeiter, wie wir in unserer Morgenausgabe bereits gemeldet haben, auf der ganzen Linie eingeleitet. Die Unternehmer, die alle Mittel angewandt hatten, um die Verhandlungen über den Neuabschluss des Tarifvertrages bis nach der Umzugsperiode zu verschleppen und sich schon schmunzelnd die Hände rieben, sind wie aus den Wolken gefallen. Der schnelle und entschlossene Gegenschlag des Gewerkschaftsverbandes kam den Unternehmern völlig überraschend.

Merkwürdig — oder auch nicht — ist, daß die Unternehmer, die bis jetzt so sehr beschäftigt waren, daß sie nicht einmal eine Kommission zu Verhandlungen schicken konnten, nunmehr in Scharen sich auf dem Gesamtverband einfanden, um möglichst sofort einen Tarifvertrag abzuschließen. Von Lohnabbau ist keine Rede mehr. Diese etwas späte Erkenntnis hätten die Unternehmer billiger haben können, ohne ihre Kunden in schwere Angelegenheiten zu stürzen.

Wenn im Strophenbild Berlins am heutigen Vormittag noch fahrende Möbelwagen zu sehen waren, dann handelt es sich hierbei um Fuhrwerke, die zu den Fuhrhöfen der einzelnen Unternehmer zurücktransportiert wurden. Infolge des Andrangs von Ziehführern zum heutigen Quartalswechsel hatten nämlich die Transportarbeiter in den gestrigen späten Abendstunden die Möbelwagen gleich vor die Häuser gefahren, von wo aus heute früh der erste Umzug erfolgen sollte. Von hier wurden dann, als der Streikbeschluss in ganz Berlin bekannt war, die leeren Wagen wieder abgeholt. Es handelt sich also hierbei nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wurde, um eine Durchbrechung des in geheimer Abstimmung gefassten Streikbeschlusses.

Wie vorauszu sehen, wird der Ausstand der

organisierten Möbeltransportarbeiter von kleinen Fuhrleuten und Gewerbetreibenden ausgenutzt, die ihre Fahrzeuge für Umzüge zur Verfügung stellen. Trotzdem kann keine Rede davon sein, daß durch diese „wilden“ Führer der Streik der Organisierten in nennenswertem Umfang beeinträchtigt wird. Verständlich ist allerdings, wenn Mieter, die bereits zum Umzuge alles gepackt hatten, nicht sonderlich über diesen plötzlich ausgedrohten Streik erbaut sind. Sie müssen zwischen ihren bereits gepackten Kisten und Körben noch einige Tage, zum mindesten über Sonntag und Montag, sitzen. Dafür können sie sich bei den Unternehmern bedanken. Betsch hatte man in der alten aufzugebenden Wohnung auch schon die Fächer für das Licht abgemeldet, so daß man heute abend Notbeleuchtungen einrichten muß.

Demgegenüber kämpfen die Transportarbeiter um einen gerechten Lohn. Sie erhalten für ihre schwere Arbeit heute nur noch 8,50 M täglich, wovon noch die Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge abgehen. Wenn sie die zentnerschweren Gegenstände schleppen sollen, müssen sie natürlich anständig essen. Inzwischen hat der Schlichter eingegriffen und die Parteien zum Montag vormittag 10 Uhr zu Verhandlungen geladen. Vorher treten die streikenden Möbeltransportarbeiter zu einer großen Streikversammlung zusammen. Diese Versammlung findet statt am Sonntagvormittag um 10 Uhr im Restaurant Viktoriengarten, Wilhelmstraße 112—114. Hier wird die Streikleitung über den Stand der Bewegung Bericht erstatten.

Schiffahrtsfrieden

Erfolg der Gewerkschaften

Hamburg, 1. Oktober.

Die Tarifverhandlungen in der Seeschiffahrt fanden gestern ihren Abschluss. Durch Vereinbarung vor dem Schlichter der Nordmark, Dr. Stenzel, haben sich die Parteien auf eine vorläufige Fortdauer der Tarife bis zum 30. November geeinigt.

Kollegen tituliert hat. Gelüftet dich nach einer Ergänzung, so schlage den „Angriff“ auf, der sinnig bemerkt, daß ein deutschnationaler Diszussionsredner in einer Ratzisversammlung mit dem Zwischenruf „Blödsinn“ tituliert wurde, „der Zwischenruf „Blödsinn“ tituliert wurde, „der nicht von ihm widerlegt werden konnte.“

Eberling niedergebrüllt

Vom Harzburger Bruderkriegschauplatz liegt heute ein Schlachtbericht der Hugenbergischen III. aus Stettin vor:

In einer deutschnationalen Versammlung in der Reichstagsabgeordneter Dr. Eberling sprach, kam es zu großen Tumulten. Bei den einleitenden Worten des Versammlungsleiters setzten von den im Saal anwesenden Nationalsozialisten Zwischenrufe ein, die sich schließlich zu einem Tumult steigerten, so daß die Polizei eingriff und einige Zwischenrufer aus dem Saal wies. Als Dr. Eberling seine Rede begann, verstärkten sich die Zwischenrufe. Schließlich erhob sich der Stettiner Kreisführer der Nationalsozialisten, Landtagsabgeordneter Czirnik und erklärte, daß die Nationalsozialisten sich nicht länger provozieren lassen würden. Nach dem Abklingen des Horti-Bessei-Viedes räumten sie dann auch zum größten Teil den Saal; die deutschnationalen Versammlungsteilnehmer stimmten das Deutschlandlied an. Dr. Eberling hielt dann, von nur noch wenigen Zwischenrufen unterbrochen, sein Referat.

Eberling, der Fürstenanwalt, wird sich im Innern gefragt haben, ob es sich wirklich für seine fürstlichen Mandanten gelohnt habe, das durch seine Arbeiter erstrittene Geld in dieser Partei anzulegen!

Die Unternehmern stellen sich um

Dieses Abkommen ist ein großer Erfolg der Gewerkschaften. Die Unternehmer hatten ganz exorbitante Forderungen sowohl hinsichtlich des Lohn- wie des Manteltarifes gestellt. Es war das nun schon seit Jahren übliche Abbauprogramm, das die Arbeitgeberverbände bei allen Verhandlungen präsentierten und auf das einzugehen die Schlichtungsbehörden stets nur zu bereit gewesen sind. Der energische Widerstand der Gewerkschaften gegen den Abbau der Tariflöhne, den die Rotverordnung den Unternehmern gestattet, die Entschlossenheit, nunmehr jedem weiteren Lohnabbau mit allen gewerkschaftlichen Mitteln sich zu widersetzen, haben ihren Eindruck nicht verfehlt. Jede Verschlechterung hätte unvermeidlich die Stilllegung der deutschen Seeschiffahrt zur Folge gehabt.

Angesichts dieser geschlossenen Front aller beteiligten Gewerkschaften haben die Unternehmer in letzter Stunde den Rückzug angetreten. Und das war das Klügste, das sie tun konnten.

Erfolg bei Kempinski

Der Konflikt in den Kempinski-Betrieben ist noch heute beigelegt worden. Nachdem der Firmenleitung der Streikbeschluss ihrer Belegschaft bekannt wurde, erklärte sie sich schriftlich bereit, die Anschläge zurückzuziehen, in denen sie diktatorisch eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 44 und teilweise bis auf 42 Stunden verfügt hatte.

Durch die Zurücknahme dieses Dekrets, die durch einen neuen Anschlag in den Betrieben bekanntgemacht wird, ist das Ziel der Bewegung erreicht. Die Belegschaft hat durch ihr einmütiges Zusammenstehen einen vollen Erfolg gehabt.

Bluttat in Berlin C

Den Nachbarn im Streit erstochen

In der Auguststraße spielte sich heute früh zwischen zwei Mietern ein blutiger Streit ab, der mit dem Tode des 34jährigen Arbeiters Kaczmarek endete.

Kaczmarek und der 36 Jahre alte Arbeiter Kurt Wiese wohnen auf einem Flur, Tür an Tür. Schon seit langer Zeit besteht zwischen den beiden Männern heftige Feindschaft und wiederholt kam es in letzter Zeit zu schweren Auseinandersetzungen. Auch heute früh gegen 8 Uhr gerieten die feindseligen Nachbarn wieder aneinander. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf Wiese seinen Gegner durch einen Herzstich niederstreckte. Der Schwerverletzte lief in seiner Todesangst noch die Treppe hinunter, brach aber im Hausflur bewußtlos zusammen und wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Einkieferung starb. Der Täter ist festgenommen worden. Bei seiner Vernehmung behauptete er, in Notwehr gehandelt zu haben. Kaczmarek sei mit einem Gummiknüppel auf ihn eingedrungen und in höchster Not habe er zu einem Küchenmesser gegriffen, um seinen Gegner abzuwehren.

Zuchthaus für junge Räuber

Die Strafkammer in Trier verurteilte den 22jährigen Kurt Wetter aus Hamburg zu 6 Jahren Zuchthaus. Wetter war angeklagt worden, auf die Poststelle in Stahl bei Siburg in der Nacht zum 6. Mai einen Raubüberfall verübt und dabei eine größere Geldsumme erbeutet zu haben.

der Nähe von Trebbia einen weiteren Sammel-Flughafen zu schaffen. Berlin, die Arbeitsstätte des Pioniers der Luftfahrt, Otto Lilienthal, werde auch künftig bemüht bleiben, seine Stellung im Luftfahrtwesen zu erhalten und auszubauen. Nach dem Vorstehenden des geschäftsführenden Präsidiums der Dela, Staatsministers a. D. Dominikus, sprach als Vertreter der Reichsregierung Reichsverkehrsminister Freiherr Ely v. Kubenach.

Den Abschluss der eindrucksvollen Feier bildete das Finale „Allegro con brio“ aus der 7. Sinfonie Ludwig van Beethovens und das Deutschlandlied.

Statt edler Frauen...

Von Knigge und vom Misthaufen

Wißt du erfahren, was sich ziemt, so frage nicht — wie Goethe das empfiehlt — bei edlen Frauen an, sondern lies den „Lokal-Anzeiger“. Dort findest du ausgiebige Berichte über die Auseinandersetzungen innerhalb der gebildeten Harzburger Front. Und wenn diese empörtredenden und aufbauwilligen Kräfte nicht über den geziemenden Ton verfügen, — ja wer dann eigenlich?! Du liest dort von Stinkbomben und Riespulver, womit die Ratzis eine deutschnationaler Versammlung in der Schönhauser Allee ausgeräuchert haben, du findest dort die Ausdrücke

„So eine Schweinerei, bürgerlicher Misthaufen, gemeines bürgerliches Paf“.

mit denen der nationalsozialistische Stadternannte Krey in Detmold seine deutschnationalen

Staatsanwalt überfallen

Vor dem Jugendgericht niedergeschlagen

Vor dem Jugendgericht Stralauer Straße fand heute morgen ein unerhört gemeiner Überfall statt. Der Jugend-Staatsanwalt Hoelz wurde von drei jungen Burshen auf der Straße, unmittelbar vor dem Eingang zum Jugendgericht, niedergeschlagen. Er erhielt einen Fußtritt gegen den Oberschenkel — Jugend-Staatsanwalt Hoelz ist schwerverletzt und lahmt — und einen Faustschlag auf den Kopf. Der Arzt stellte eine leichte Gehirnerschütterung und einen Bluterguß am Oberschenkel fest.

Von den drei jungen Burshen fehlt bisher jede Spur. Sie sind unerkannt entkommen. Der Pförtner hatte einige Burshen vor dem Gebäude herumlungern sehen, ohne auf sie weiter acht zu geben. Ob der Überfall aus politischen Motiven oder aus irgendwelchen anderen Gründen begangen wurde, läßt sich im Augenblick noch schwer sagen. Staatsanwaltschaftsrat Hoelz, dessen Strafanträge in der Regel sehr milde sind, war gestern in einem Prozeß gegen Nationalsozialisten, die sich als Minderjährige vor der Sonderkammer des Jugendgerichts zu verantworten hatten, gezwungen, hohe Strafanträge zu stellen. Das Gericht hat gegen einen der an-

geklagten Nationalsozialisten auf 1 Jahr Zuchthaus erkannt. Ob die Täter in den Reihen der Nationalsozialisten zu suchen sind, dürfte erst die Untersuchung ergeben. Der Präsident des Amtsgerichts hat für die Zukunft Sicherungsmahnahmen angeordnet.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Hoelz ist eine der erkranktesten Erscheinungen in Raabit. Seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der jungen Leute, die er anzuklagen hat, sein ständiges Streben, ihnen in jeder Weise zu helfen, hat ihm allgemeine Sympathien eingebracht.

Die Rechtsnot

Konferenz erst am 4. Oktober

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die Konferenz „Die Rechtsnot in Deutschland“ nicht wie vorgesehen am Sonnabend, dem 1. Oktober, stattfindet, sondern wegen Verhinderung eines Referenten nunmehr am Dienstag, dem 4. Oktober, um 19.30 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, stattfinden wird.

Kontrolle unerwünscht

Reichsfinanzminister will nicht gestört werden

Im Bezirk des Landesfinanzamts Oberschlesien hatten sich mehrere Beamte der Reichszollverwaltung im Dienst in auffälliger Weise für die nationalsozialistische Bewegung betätigt.

Als die Republikanische Beschwerdestelle Berlin das Material hierüber, noch vor Uebernahme der Geschäfte durch das Adelskabinett, dem Reichsfinanzminister unterbreitete, bekam sie die Nachricht, daß vor einiger Zeit eine allgemeine Anordnung des Inhalts ergangen sei, daß bei Anzeigen gegen Beamte wegen unzulässiger politischer Betätigung der Name der Person, auf deren Wahrnehmungen die Anzeige beruht, angegeben werden müsse. Würde dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so sei auf die Anzeige nichts zu veranlassen.

Darauf verttrat die Republikanische Beschwerdestelle den selbstverständlichen Standpunkt, daß der Minister dann in entsprechender Weise auch dafür Sorge tragen müsse, daß die republiktreuen Be-

amten vor jeglichem Terror von nationalsozialistischer Seite aus geschützt werden müßten. Kein Beamter würde über irgendwelche politischen Verhältnisse in Zukunft noch etwas melden, wenn er dadurch schwere Nachteile zu gewärtigen habe.

Dieses ganze Vorbringen hat nun der neue Reichsfinanzminister im Papen-Kabinett dahingehend kurzerhand entschieden, daß irgendwelche Mißstände in der Behörde selbst erledigt werden müssen. Der Minister schließt wörtlich:

„Die Mitteilung von Verfehlungen eines Amtsgenossen an eine außerhalb der Verwaltung stehende Organisation oder private Stelle . . . ist nach meiner Auffassung mit den Pflichten eines Beamten nicht vereinbar.“

Die Behördenvorstände wünschen also schon unter sich zu bleiben, damit ja nicht irgendwie das Volk sich um die inneren dienstlichen Dinge kümmert. Die Unfehlbarkeit der Behörden könnte ja Schaden nehmen.

Aktien beim Bruder

Neues aus der Kreuger-Affäre

Vor einigen Tagen traf aus Stockholm die Nachricht ein, daß das gesamte Privatvermögen des Generalkonsuls Kreuger, Bruders von Joar Kreuger, von der Gerichtskommission beschlagnahmt wurde.

Die Hintergründe der Beschlagnahme wurden zwar nicht erörtert, sind aber wert, erwähnt zu werden, da sie ein sehr bezeichnendes Bild auf die Familie Kreuger werfen.

Einem Stockholmer Detektiv gelang es nachzuweisen, daß Joar Kreuger kurz vor seiner letzten Abreise nach New York eine größere Menge Aktienpakete abgehoben hatte, ohne daß man nachweisen konnte, wo diese Pakete, die einen Wert von 15 Millionen Kronen repräsentierten, geblieben waren. Die Aktien waren für alle Untersuchungskommissionen unauffindbar.

Vorige Woche nun fand man ein Kalenderblatt, auf dem Joar Kreuger handschriftlich vermerkt hatte: „Aktien an meinen Bruder.“ Und nun erfährt man folgendes. Joar Kreuger hatte, die Katastrophe vorausahnend, seiner Verwandtschaft größere Werte aus dem Besitz seiner Gesellschaften übergeben. Der Bruder Kreugers, Generalkonsul Lorfen Kreuger, hatte es „anscheinend veräußert“, dem Gericht diese Aktienübergabe zu melden. Jetzt erst erfuhr man davon und ging deshalb mit einer Beschlagnahme des gesamten Privatvermögens des Generalkonsuls vor. Die Aktien, die es zu beschlagnahmen gelang, sind aber heute „nur“ noch 2½ Millionen Kronen wert. Man mußte deshalb auch andere Teile des Privatvermögens der Kreuger-Familie sicherstellen, um für die vielen Geschädigten dieses kapitalistischen Skandals wenigstens einen Bruchteil ihrer Verluste zu retten. Die Geschädigten sind vor allen Dingen Angehörige des schwedischen Mittelstandes.

Asphalttring gesprengt

Magistrat gegen Arbeitsgemeinschaft

In Berlin besteht eine „Arbeitsgemeinschaft“ der Asphaltfirmen, die sehr betriebsam in Erscheinung tritt, wenn die Stadt auf dem Wege der Ausschreibung größere Aufträge zu vergeben hat. Man treibt hier eine Preispolitik, der sich die Stadt im Interesse der Allgemeinheit nicht mehr beugen dürfte.

Kürzlich hatte der Magistrat wiederum beschlossen, Arbeiten auf dem Gebiet des Straßen-

baues im Gesamtbetrag von etwa 6 Millionen Mark ausführen zu lassen. Die Mittel hierfür werden von der Reichsregierung durch Vermittlung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und aus Zuschüssen der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt.

Die Angebote brachten, soweit es sich um gepflasterte Straßen handelte, keine Ueberbahrung. Der Zuschlag für diese Arbeiten konnte bald verteilt werden. Dagegen zeigte es sich bei den Angeboten für Asphalt- und Teerstrassen, daß sich der weit überwiegende Teil der Berliner und mehrere größere auswärtige Firmen zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen hatten, die ein einheitliches, nach der Ueberzeugung des Magistrats zu hohes Angebot abgegeben hatten. Der Magistrat war der Ansicht, daß er trotz der Eilebedürftigkeit der Arbeiten sich auf keinen Fall übersteigerte Preise von einem Ring diktieren lassen dürfe, da hierdurch die Interessen der Allgemeinheit auf das schwerste geschädigt würden. Er hat deshalb Zuschläge nur auf einzelne Lose an außerhalb des Rings stehende Firmen mit erheblich billigeren Preisen erteilt und im übrigen die Ausschreibung aufgehoben.

Granaten als Sport

Die Ausreden eines Bombenwerfers

Kiel, 1. Oktober.

Eigener Bericht

In Schleswig-Holstein gibt es eine ganze Anzahl SS-Leute wegen der Handgranatenanschläge in Untersuchungshaft. Wegen eines dieser Leute, den SS-Mann Schmidt aus Kiel, verhandelt jetzt das Kieler Sondergericht. Zur Anklage stand allerdings noch nicht der Handgranatenanschlag auf das Warenhaus Karstadt in Kiel, dessen Schmidt dringend verdächtig ist, sondern nur ein Vergehen gegen das Schusswaffengesetz und Kriegsgesetz.

Bei diesem SS-Mann fand die Kriminalpolizei bei der Hausdurchsuchung nämlich eine scharfe Handgranate und eine Browningpistole mit 12 Schuss Munition. Der SS-Mann will die Handgranate beim Exerzieren gefunden haben. Er will sie nur als Übungsgrenate angesehen haben.

Sein nationalsozialistischer Verteidiger wagte zu behaupten, daß der SS-Mann doch nichts „Böses“ mit der Handgranate beabsichtigt habe. Sie sei doch nur als Sportgerät gebraucht worden. Die SS scheint danach die Handgranatenanschläge auf Warenhäuser, Synagogen, Gemeindegemeinschaften und Konsumvereinsverkaufsstellen

Litten als Zeuge

Reinfall der Nazi-Anwälte

Auf Antrag der Nazianwälte im Kommunistenprozeß vor dem Sondergericht wurde der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Litten als Zeuge vernommen. Die Aussage aber, die dann erfolgte, hatten sich die Nazianwälte denn doch nicht gedacht; sie wurde für sie ein großer Reinfall.

R.-A. Dr. Litten gab ausführlich den Inhalt seiner Reden wieder, die er auf verschiedenen kommunistischen Versammlungen aus Anlaß der Verfälle in der Königinstraße gehalten hat. Er zählte

jämliche Schand- und Bluttaten des Mordsturms 33

auf, ein ansehnliches Register. Die Nazianwälte sahen mit totem Kopf da. Die Richter machten große Augen. Daß es um den Mordsturm 33 so schlimm bestellt ist, haben sie doch nicht geahnt. R.-A. Dr. Litten kam dann auf die Vernehmungen zu sprechen, die er in seinem Büro vorgenommen hat. Den angeklagten Kommunisten war es darum zu tun, die Naziführer ausfindig zu machen; sie benannten sie deshalb ihrem Anwalt, jämliche Teilnehmer der Sitzung am 29. August im Lokal Willmann. R.-A. Dr. Litten hat dem Gericht nur diejenigen Zeugen namhaft gemacht, die wirklich etwas Wesentliches zu bekunden wußten, und zwar nur mit Einwilligung der Zeugen selbst, da sie ja Gefahr liefen, wegen Landfriedensbruchs zur Verantwortung gezogen zu werden. R.-A. Dr. Litten bestritt, die von ihm Vernommenen auf Widersprüche aufmerksam gemacht zu haben; er habe sie alle ermahnt, die Wahrheit zu sagen. Der Anwalt wehrte sich auch mit aller Entschiedenheit

gegen die Verdächtigung der Nazianwälte,

er habe in Versammlungen die kommunistischen Zeugen zum Meineid aufgefordert. Trotzdem beantragten die Herren — entgegen ihrer ursprünglichen Behauptung, sie wünschten durchaus nicht, daß Dr. Litten nach seiner Aussage als Verteidiger aus dem Prozeß ausscheiden möge — ihn nicht zu verurteilen. Ein entsprechender Beschluß des Gerichts hätte aber unbedingtes Ausscheiden Dr. Littens aus diesem Prozeß zur Folge Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wagner stellt dem Gericht anheim, Dr. Litten zu verurteilen. Die Naziverteidiger erhalten von R.-A. Dr. Rosenfeld eine

scharfe Abfuhr. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück.

Nach längerer Beratung beschließt das Gericht Rechtsanwalt Dr. Litten als Zeugen zu vereidigen. Die Nazianwälte sitzen mit langen Gesichtern da.

Die Neuföllner Nazibluttat

Der 23jährige kommunistische Arbeiter Willi Faltin, der gestern mittag in der Hermannstraße in Neufölln das Opfer eines nationalsozialistischen Mordanschlags geworden ist, liegt noch immer im Neuföllner Krankenhaus bewußtlos daneben. Die Ärzte versuchen alles, trotz der schweren Schußverletzungen, die Faltin erlitten hat, den Arbeiter am Leben zu erhalten. Das Befinden des durch einen Kieferschuß verletzten Kaufmanns Lange hat sich soweit gebessert, daß Gefahr nicht mehr besteht. Der 18jährige nationalsozialistische Mordtäter Heinz Schüler wird heute dem Vernehmungsrichter vorgeführt. Die furchtbare Bluttat des Jugendlichen erscheint um so verwerflicher, als Faltin und Schüler, der damals nach der kommunistischen Partei angehörte, gute Freunde waren.

Kommunist halb tot geschlagen

An der Ecke Hanke- und Linienstraße wurde in den gestrigen späten Abendstunden abermals ein kommunistischer Arbeiter von Hakenkreuzern überfallen und in der brutalsten Weise mißhandelt. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der Mann, ein 33jähriger Arbeiter Richard Friedrich aus der Weinstraße, ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Gegen 22 Uhr marschierte ein Trupp von etwa 40 bis 50 Nationalsozialisten, die von einer Versammlung kamen, durch die Linienstraße. Dem Trupp ließen fünf Kommunisten direkt in die Arme. Die Hitler-Burshen schlugen sofort auf die Kommunisten ein. Vier von ihnen gelang es zu flüchten, der Arbeiter Friedrich dagegen wurde von den entmenschten Burshen ergriffen, zu Boden geschlagen und solange mit Fußtritten bearbeitet, bis er das Bewußtsein verlor. Das alarmierte Ueberfallkommando „Hirtenstrasse“ nahm die Verfolgung der Banditen auf und nach längerer Verfolgung konnten 26 uniformierte Hitler-Gardisten festgenommen werden.

Wirtschaftsführung



Durch Überfall auf sich selbst erzeugt der Kapitalismus neue Werte!

als Sport anzusehen. Das Sondergericht glaubte dem SS-Mann seine Entschuldigungen nicht, sondern verurteilte ihn zu 3 Monaten und 2 Tagen Gefängnis.

Leute von BWA.

Der Gastwirt muß die Zeche zahlen

Mal ist es die politische, mal die großstädtische Unterwelt, die in schönem Wechsel, immer wieder durch üble Gewalt- und Bluttaten von sich reden macht. War es am Freitag ein Nazistrolch, der in Neufölln durch einen Mord den Landfrieden brach, so war es in der Nacht zum Sonnabend eine ganze Horde Unterweltler, neun Mitglieder des „Brudervereins Kreuzberger Freunde“, die in dem Lokal von Krebs in der Berliner Straße 160 in Tempelhof wie die Irrsinnigen hausten. Als der Wirt ihnen die Getränke verweigerte, fingen sie sofort eine Schlägerei an. Mit Flaschen, Biergläsern und Stühlen gingen sie auf Wirt und Gäste los. Spiegel wurden zertrümmert und nahezu alles im Lokal demoliert. Als der Wirt das Ueberfallkommando rufen wollte, flüchteten die Leute und

entkamen. Mehrere schwerverletzte Gäste mußten zur Rettung ins St. Josef-Krankenhaus gebracht werden.

Im Schlaf erdroffelt

15 Jahre Zuchthaus für den Mörder

Das Magdeburger Schwurgericht verurteilte den Metzler Wilhelm Schliekau wegen Totschlags zu der Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren. Schliekau hatte im Juli 1931 in Niederndodeleben den Metzler Marquardt im Schlaf erdroffelt und seiner Barschaft beraubt. Nach der Tat flüchtete Schliekau und konnte erst nach fast einem Jahr im Juni 1932 in Berlin festgenommen werden. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt. Der Angeklagte nahm das Urteil sofort an, das damit rechtskräftig wurde.

Die Mace

Das Parlamentsheiligtum in die Ecke geworfen

London, 1. Oktober.

Eigener Bericht

Im Parlament von Nordirland (Ulster) kam es am Freitag zu einer sensationellen Szene. Als der Präsident dem einzigen sozialistischen Abgeordneten eine Aussprache über das Arbeitslosenproblem verweigerte, erhob sich dieser, ergriff die Mace, das Wahrzeichen der Parlamentswürde, und warf es als Zeichen seines Protestes in die Ecke. Er wurde hierauf aus dem Haus verwiesen.

Wahlrechtsraub an den Armen

London, 1. Oktober.

Eigener Bericht

Ein Komitee, das über Einparungen bei städtischen und anderen Behörden berichte, empfiehlt den Entzug des Stimmrechts für solche Personen, die städtische Armenunterstützung beziehen.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß im Lande der ältesten freiheitlich demokratischen Tradition ein solcher Wahlrechtsraub an den Opfern der Krise überhaupt erwogen wird! Im kaiserlichen Deutschland wurde allerdings den aus öffentlichen Mitteln unterstützten das Wahlrecht entzogen. Diese schreiende Ungerechtigkeit ist mit vielen anderen durch die Revolution abgeschafft worden. Aber vielleicht wirkt diese Nachricht aus England aufmunternd auf die Kreise um Papen und Goyl, die die verfassungsmäßigen Volksrechte rückwärts resolidieren wollen?

Frankreichs Rolle in Genf

„Populaire“ wirft Paul Boncour Sabotage der Abrüstung vor

Paris, 1. Oktober.

Die Einwendungen, die der französische Delegierte in der Abrüstungskonferenz Paul Boncour bereits gestern gegen den neuen abgeänderten amerikanischen Abrüstungsvorschlag erhoben hat, veranlassen den sozialistischen „Populaire“, Paul Boncour und der französischen Regierung

Sabotage der Abrüstungskonferenz

vorzumerken. Paul Boncour habe geglaubt, sofort die Frage der militärischen Verbände, die in gewissen Ländern bestehen, aufzuwerfen zu sollen, womit er natürlich Deutschland und Italien im Auge hatte. Es sei zu eigenartig, daß der Vertreter Frankreichs auf solche Weise diese Frage anspreche. Habe sich nicht Frankreich stets geweigert, in die militärischen Effektivbestände der ausgebildeten Reservisten einzugreifen? Sei der militärische Wert dieser ausgebildeten Reservisten nicht mindestens ebenso groß wie der der in Frage kommenden militärischen Formationen? Paul Boncour begehre sich damit auf ein gefährliches Diskussionsgebiet. Aber das sei leider noch nicht alles. Viel schlimmer sei der Eindruck, den die Stellungnahme Frankreichs in der Welt hervorrufe.

Jedesmal, wenn ein praktischer Vorschlag zur Herabsetzung der Rüstungen gemacht werde, sei es der französische Delegierte, der sich dem widersetze.

indem er stets technische Argumente finde, neue Schwierigkeiten zu bereiten, und einen solchen Vorschlag in der Tat von kleinlichen Einwendungen zu ertränken versuche. Die Beweiskraft, deren Paul Boncour sich bedient habe, lasse keinen Zweifel über seine Absicht zu, die Annahme des Hoover-Plans zu verhindern. Wenn die französische Regierung systematisch alles, was man in Genf vorschlägt, zurückweise, so möge sie doch endlich mit ihrem eigenen Plan herauskommen. Andernfalls werde man sie ganz einfach beizugehen, jede Herabsetzung der Rüstungen zu sabotieren. Habe sie aber einen Plan? Nichts gestatte, diese Frage zu bejahen.

Die französischen Sozialisten erfüllen in musterwürdiger Weise ihre Pflicht, indem sie nahezu allein in ihrem Lande den Mut haben, die Haltung der eigenen Delegierten in Genf so zu kennzeichnen, wie sie es verdient. Aber die deutschen Nationalisten haben kein Recht, sich auf die scharfe Kritik des „Populaire“ zu berufen, weil sie selbst das Ihrige dazu beitragen, eine Verständigung unmöglich zu machen, indem sie unerfüllbare Forderungen aufstellen und die Reichsregierung scharfmachen. Wir als deutsche Sozialdemokraten werden es uns nicht nehmen lassen, den Schuldanteil der eigenen Militaristen festzustellen, auch auf die Gefahr hin,

daß wir genau so als „Verräter“ beschimpft werden, wie unsere französischen Genossen jenseits der Grenze.

Deshalb erklären wir es für außerordentlich bedauerlich, wenn auf deutscher Seite immer wieder durch überjippte offizielle Erklärungen der Eindruck erweckt wird, als ob man nur die restlose Durchsetzung der eigenen Forderungen als Grundlage für die Wiederbeteiligung Deutschlands an den Konferenzarbeiten ansehe. Dieser Eindruck ist wieder einmal durch die gestrigen Erklärungen des Reichsaussenministers von Neurath vor der deutschen Presse erweckt worden, besonders durch seine Ablehnung der gemeldeten Kompromißformel Hendersons. Damit ist nur der französischen Presse das Stichwort für die Behauptung geliefert worden, daß Deutschland mit ultimativen Forderungen jede Verständigungsmöglichkeit zerschlage.

Run wird für Sonntag eine neue Rede Herriots angekündigt. Fällt sie ebenso aus, wie die von Gramat am vergangenen Sonntag, dann werden Gegenerklärungen in der gleichen Tonart auf deutscher Seite nicht zu vermeiden sein. So könnte das Spiel noch eine ganze Zeitlang weitergehen.

Bismehr: so kam es nicht weitergehen! Wir sind der Meinung, daß es an der Zeit ist, daß man auf beiden Seiten mit diesen Reden und Interimsentschlüssen macht, die die Gegenfüße nur verschärfen und die Aufgabe der ehrlichen Vermittler bis zur Unmöglichkeit erschweren.

Keine neue Verhandlungen

Paris, 1. Oktober.

Eigener Bericht

Havas meldet aus Genf, daß die in englischen Zeitungen verbreiteten Gerüchte, wonach deutsch-französische Verhandlungen über eine innerhalb von zehn Jahren durchzuführende Rüstungsgleichheit im Gange seien, nach Ankünften von autorisierter Seite jeder Begründung entbehren.

Flaute in Genf

Genf, 1. Oktober.

Eigener Bericht

Aus Mangel an Rednern mußte am Freitag die Vollversammlung des Völkerbundes ausfallen. Sie wird ihre Generalsitzung am Montag beenden und die drei nichtständigen Ratsmitglieder wählen.

Die Kommissionen setzten auch am Freitag ihre Arbeiten fort, wobei in der vierten Kommission Rheinischen Deutschland für eine Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten des geringsten Finanzgrades eintrat. Die gleiche Haltung nahmen die englischen Redner ein.

von der Schwerindustrie und der Großfinanz einer denkenden und selbstbewußten Arbeiterschaft gegenüber nicht wohlfeil, daß sie sich von Herzen wieder den alten Unteranen herbeiwünschen. Unteranen- und Dummausergeist soll nach dem Willen der Reaktion wieder in die Schule einziehen und die „Anbetung der Majestät des Kindes“ annehmend durch die Anbetung der „Majestät des Geldsacks“ ersetzt werden. Es fragt sich nur, ob sich die Arbeiterschaft das gefallen läßt oder ob sie nicht recht bald diese Herren samt ihrem Moxerduft in die Rottentische der Vergangenheit zurückbefördert.

Erdbeben wüten weiter

Unglückliches Griechenland

Athen, 1. Oktober.

Am Freitag wurde Saloniki von insgesamt elf neuen Erdstößen heimgesucht. Ein Erdstoß verursachte den Einsturz von vier Häusern. Das Geschäftsleben in Saloniki ist vollkommen lahmgelegt. In Sparta und im Peloponnes wurde gleichfalls ein leichtes Beben verspürt. Das Dorf Stageira, der Geburtsort von Aristoteles, ist dem Erdboden völlig gleichgemacht worden. An einem gebirgigen Küstenstrich hat sich ein Erdriß von 25 Kilometer Länge und großer Tiefe gebildet. Die Bewohner sind gestürzt, da sie einen Bergsturz befürchteten. Ausländische Geologen, die in Griechenland eingetroffen sind, halten es für möglich, daß bei weiteren Erdstößen die Halbinsel Chalkidiki völlig vom Festland abgetrennt werden könnte.

Verächtigung. Der „Angriff“ hatte in einem Kaffeehaus über von Papens Beziehungen zu großkapitalistischen Kreisen, den wir in Nr. 457 („Papen wird enthüllt“) registrierten, behauptet, daß Dr. Brauweiler als neuer Mann in der Pressestelle der Reichsregierung der Verbindungsmann zwischen dem Kaiser und dem Reichsminister bzw. dem Stahlhelm sein würde. Es liegt aber eine Namensverwechslung vor: Der Beamte der Reichspressestelle heißt Dr. Ernst Brauweiler und ist nicht identisch mit dem gemeinten Heinz Brauweiler.

Jugend, wir rufen dich!

Du gehörst in die sozialistischen Kampfreihen

Für den Arbeiterjugend wie für den Bürgerlohn, für das Proletariatsmädchen wie für die höhere Tochter ist die Gegenwart grau und die Zukunft völlig ungewiß. Die Jugend aller Volksschichten ist in eine furchtbare Lebensunsicherheit hineingeraten durch das vollständige Verfallen und den unaufhaltsamen Zerfall des kapitalistischen Systems. Auf den Lippen von Millionen Jugendlicher steht die anklagende Frage: „Was soll aus uns werden?“

Tausende und aber Tausende Jugendliche sind zum Nichtstun verurteilt. Verurteilt von wem? Von dem jetzt herrschenden System der Ausbeutung vieler nicht besitzender Menschen durch die wenigen besitzenden, von dem System einer Wirtschaft, in deren Mittelpunkt nicht der Mensch, sondern das Geldverdienende steht. Dieses System heißt Kapitalismus. Es soll jetzt nach dem Wunsch und Willen der Adelsregierung wieder belebt und vor seinem Untergang bewahrt werden.

Wer rettet die Jugend vor dem völligen Verkommen? Wer bewahrt die Jugend vor dem völligen Zerfall ihrer körperlichen und geistigen Kräfte?

Der Kapitalismus kann es nicht, weil er zu alt und greisenhaft geworden ist, um neues Leben zu zeugen. Die Jugend muß und will ihre Zukunft auf Neuland bauen. Bauern zeigen der Jugend dieses neue Land einmal als „Drittes Reich“, ein anderes Mal als „Sowjetdeutschland“. Die sozialistische Arbeiterjugend ruft der Jugend zu: Laßt euch nicht täuschen von diesen Blendworten! Werdet nicht zu Jüngern falscher Propheten!

Ihr Jungen dürft nicht nur glauben, daß es so oder so schon einmal besser werden wird.

Euch hilft kein Thälmann und kein Hitler, ihr müßt euch selber helfen, indem ihr

Hand anlegt am Aufbau einer neuen Welt der Arbeit, der Menschlichkeit, des Sozialismus.

Einzelne schafft ihr das nicht, da müssen wir uns zusammen schließen. Die sozialistische Arbeiterjugend ruft alle Jungen und Mädchen in ihre Reihen zu diesem gigantischen Werk, das wir nicht erst in Zukunft, sondern heute und hier beginnen wollen.

Die sozialistische Arbeiterjugend gibt auch das Rüstzeug dazu. Sie will euch erziehen zu neuen Menschen, die allein instand sind, die neue Welt zu bauen. Sozialistische Erziehung und Schulung waren nie notwendiger als heute. Nur lernt bei uns und an den Wandbildern glauben. Die sozialistische Arbeiterjugend will die Jugend denken lehren.

Die Jugend soll erkennen lernen die Ursachen ihrer Not; denn nur aus dieser Erkenntnis allein erwächst das richtige Handeln zur Überwindung der Not.

Zu der Erkenntnis muß die Bereitschaft zum völligen Einsatz für den Sozialismus kommen. Wer erkannt hat, daß der Kapitalismus seine Pein verursacht, der wird sich ganz einsetzen für den Sozialismus, der allein der Jugend helfen und aus dem kapitalistischen Höllenlauf herausführen kann.

Schwenkt ein zum Sozialismus, ihr Burken und Mädchen! Nur im Einsatz für den Sozialismus bekommt euer Leben einen Sinn. Kommt zu uns, lernt mit uns, schult euch mit uns, kämpft mit uns! Auch treuen sollt ihr euch mit uns, denn die sozialistische Arbeiterjugend ist kein Kloster, sondern eine Gemeinschaft lebensfreudiger Jugend. Jugend ruft die Jugend zu neuem Tun, zu neuem Leben für eine neue Welt. Hört den Ruf! Schließt euch an! Hinein in die sozialistische Arbeiterjugend!

Jugend im Funk

Zweimal Berliner Funkstunde

Die Berliner Funkstunde sandte ein Schulspiel, das den Titel trägt „Café ertrinkt“. Es erzählt, von Solisten- und Chorgesang ergänzt, das Schicksal einer Schülerkameradschaft, die am Egoismus eines einzelnen scheiterte. Schüler von zwei höheren Schulen führten das Spiel auf. Daß sein Inhalt ihrer eigenen Erlebniswelt nahesteht, spürte der Hörer aus dem gesprochenen wie aus dem gesungenen Wort. Wie in den Themen, so fehlte auch in der Ausführung jedes Pathos. Das Spiel und die Spielenden streben nach Klarheit, nach Klarung. Die schlecht abgestimmte Mikrophonaufnahme und das Fehlen jeder Mikrophonregie verhinderte die eindringliche Wirkung. Der Hörer konnte dem Spiel nur sehr sprunghaft folgen, da er die Texte der Chöre kaum verstand; dem musikalischen Hörer füllte allerdings die sehr plastische Sprache der Musik manche Lücke. Es wäre gewiß nicht schwer gewesen, das Spiel mikrophonisch zu machen, durch Zwischenhaltung von Rezitationen der wichtigsten Chortexte und durch saubere Mikrophonabstimmung der Aufnahme.

Immerhin spürte man selbst in dieser unzulänglichen Sendung einen lebendigen Kern, einen künstlerischen, geistigen Willen, sich mit Zeitfragen junger Menschen auseinanderzusetzen. Erhöhtend möglich nur dagegen eine „Jugendstunde“ der Berliner Funkstunde, in der R. Rycyk zu dem Thema „Der werktätige Jugendliche und sein Arbeitskreis“ zu sprechen vorgab. Seine Berichte schienen geradezu aus einer Sammlung moralischer Geschichten entnommen, wie sie als Schulprämien für entlassene Volksschüler vor der Jahrhundertwende nicht unbesiegt waren. Von Problemen arbeitshungriger, lernhungriger, nahrungshungriger junger Menschen war hier keine Rede. Die Jugendlichen, die Herr Rycyk in seiner sanften Traumwelt erschaut hat, erkannten rechtzeitig, daß es gut ist, sich lässlich zu untermerken und nicht nach dem Morgen Fragen aufzuwerfen, auf die noch nicht bereits amtlich zugelassene Antworten bereitgestellt sind. — 12.

Das neue Spiel

Auch bei den Modellspielen kann man das uralte Gesetz beobachten: Es gibt nichts Neues, man hat über alles schon einmal gedacht. Das berühmte Modellspiel „No-No“, das über Kanada, USA, England und Frankreich nun auch in unsere Großstädte gekommen ist, besteht aus zwei Holzscheiben, den No-No, die durch ein dünnes Holzstück verbunden sind. Das Spiel besteht darin, mit einer Schnur das Spielzeug auf und ab zu bewegen, Figuren damit zu beschreiben und es schließlich von der Schnur zu befreien, was nicht immer leicht ist. Das No-No hat, wie jeder Modellsinn, seine Meisterfächerstempel, seine begeisterten Anhänger und sein „Fieber“. In Paris hat man schon No-No-Championate abgehalten.

Man sagt, No-No sei von einem amerikanischen Multimillionär erfunden worden, als er gerade über die Lösung der Weltkrise nachdachte. Aber das ist nicht wahr. Schon die alten Griechen haben No-No gespielt. Allerdings waren sie so vernünftig, diese Unterhaltung auf die Kinder zu beschränken. Die griechischen Kinder haben sich mit

No-No den Kopf heiß gemacht, aber olympische Spiele hat man damit nicht veranstaltet.

Ähnlich war es seinerzeit mit einem anderen Modellspiel, dem „Diabolo“, das vor dem Kriege üblich war. Damals wurde das Diabolo auch als etwas ganz Neues hingestellt. Es stimmte auch nicht. Schon vor 140 Jahren hat man Diabolo, allerdings unter einer anderen Bezeichnung, gespielt. Zu Goethes Zeiten nannte man es „Emigrantspiel“, weil es die französischen Emigranten aus Frankreich mitgebracht hatten. Von Koblenz aus, wo damals viele Emigranten wohnten, machte das Spiel die Runde um die ganze Welt, soweit sie sich zivilisiert nannte.

Wie dieses Spiel, so ist auch das No-No über den Pariser Alpsee zu uns gelangt. Bis nach Afrika ist das neue Spiel schon vorgedrungen.

Man kann sagen: Jede Zeit hat diejenigen Spiele, die es verdient. Und zu No-No braucht man wirklich nicht eine Spur von Verstand.

Der Weltrundfunk

Der Weltrundfunkverein hat eine Reihe von Ziffern veröffentlicht, aus denen die Bedeutung des Rundfunks in sozialen und industriellen Leben, als Kulturmittler für die Massen sowie als Einnahmequelle für die öffentliche Hand, für Künstler, Musiker, Urheber, Lieddichter usw. ersichtlich ist.

In 11 Jahren (von 1920 bis 1931) hat die Teilnahme am Rundfunk so beträchtlich zugenommen, daß während im Jahre 1920 auf der ganzen Erde nur einige tausend Haushaltungen Empfangsgeräte besaßen, jetzt nicht weniger als 34½ Millionen damit ausgerüstet sind, was auf eine Hörerzahl von etwa 138 Millionen schließen läßt. Der von den Sendegesellschaften für Senderäume und Sendestellen verausgabte Betrag beläuft sich auf 307 500 000 bis 328 000 000 M. Ihre Gesamtoutputs für Programmzwecke betragen jährlich 565 800 000 M. Sie geben 25 000 oder 30 000 Menschen ständig Arbeit.

Obgleich die Ziffern für das Jahr 1932 noch nicht bekannt sind, schätzt man den Gesamtbetrag der an Künstler und Urheber für ihre Tätigkeit und das Recht zur Verbreitung ihrer Werke im vergangenen Jahr gezahlten Vergütung auf über 114 800 000 M.

Der Gesamtwert der zur Zeit benutzten Empfangsgeräte beträgt nach sorgfältiger Schätzung etwa 3 336 250 000 M. Der durch den Rundfunk verursachte jährliche Mehrverbrauch an elektrischer Kraft beträgt etwa 1 573 200 000 Kilowattstunden zu rund 20 Pf., so ergibt dies 314 640 000 M.

In der Rundfunkindustrie waren im Jahre 1931 allein in Deutschland und England 230 000 Menschen mit der Herstellung von Empfangsgeräten beschäftigt.

Der Berliner Volksschor beabsichtigt, neben seinem Gemischten Chor sowie dem Kinder- und Jugendchor einen Männerchor und Frauenchor zu gründen. Die Leitung des Männerchors hat Rudolf Brauner, des Frauenchors Dr. Jander übernommen. Sangesfreudige Genossen und Genossinnen werden gebeten, sich zur Aufnahme zu melden. Notenterrasse sind nicht erforderlich. Der erste Übungsabend findet Dienstag, 20 bis 22 Uhr, im Andreas-Realschulhaus, Kopenstraße 76, statt. Erwerbslosen Mitgliedern wird Beitragsfreiheit und in gewissem Umfang Fahrkostenzuschuß gewährt.

Berlin ehrt Arno Holz

Denkmal auf dem Friedhof Heerstraße

In der letzten Sitzung der städtischen Deputation für Kunst und Bildungswesen wurde als eine städtische Ehrung für Arno Holz die Errichtung eines Grabdenkmals auf dem Friedhof an der Heerstraße auf Kosten der Stadt Berlin beschlossen. Der Entwurf und die Ausführung des Denkmals stammt von dem Bildhauer Jenseite. Das Grabdenkmal soll spätestens zum 70. Geburtstag von Arno Holz am 26. April 1933 fertiggestellt sein. — Die Deputation, die den Etatsansätzen der Haushaltskapitel für Kunst und Bildungswesen mit unerheblichen Abweichungen zustimmte, hat weiter den Ankauf von Radierungen von Paul Hermann beschlossen, die Bilder von der Eröffnungsfest der Ehrenmalls Unter den Linden darstellen.

Kreuz und Schwert!

Die „Schulreform“ der Reaktionäre

Das moderne, unter sozialdemokratischer Initiative aufgebaute Schulwesen, das die Kinder ohne Prügel und Drill zu fürparlich und geistig gefunden, aufrechten Menschen erziehen will, ist den reaktionären Mummelareisen von jeder ein Dorn im Auge gewesen. Nur haben sie sich das noch nie so deutlich merken lassen wie heute, wo ihnen und ihresgleichen unverdienterweise die „Recht in den Schöpfung“ ist. Jetzt erhebt man, wohin der Weg in Schule und Erziehung gehen soll. Die „Berliner Börsenzeitung“ prophezeit frohlockend (in Nr. 460 vom 30. September) — gestützt auf die von der Reichsregierung aufgestellten neuen Erziehungsgrundsätze — die „Schicksalswende der deutschen Schule“:

„Kreuz und Schwert sind die Symbole: unter ihrem Zeichen muß sich die Gesundheit der deutschen Schule vollziehen! ... Aus Erziehung und Unterricht muß die Weichheit verschwinden, die vor der Majestät des Kindes anbetend (!) kniet und ihm nichts zumuten möchte. Es ist Zeit, daß das Wort „Alles vom Kinde aus“ in der Wirklichkeit verschwindet.“

Wir wissen schon lange, daß sich die Herren

Etwas faul im Reich des Films

Von René Clair

Was ist ein guter Film? Der Leiter eines Kinoteaters meinte unlängst: „Ein guter Film ist ein Film, der Geld macht.“ Die Beurteilung des heutigen Films ist in dieser Antwort enthalten. Von einigen Idealisten abgesehen, denken alle, die vom Film leben, wie dieser Kinodirektor. Das Geldmachen gehört nicht zu den Betätigungen, die es zulassen, in der Wahl der Mittel wählerisch zu sein: sie alle sind dem Kaufmann, der einen geschäftlichen Erfolg anstrebt, billig, und selbst wenn dieser Erfolg nur zum Schaden der Gesamtheit erringbar ist.

Man wird einwenden: kann das Publikum nicht von seinem Recht auf Kontrolle Gebrauch machen? Akzeptiert es bereitwillig die Ware, die man ihm vorsetzt? Ist das der Fall, so sind ja alle zufrieden und jede weitere Diskussion ist hinfällig.

Halt, wir sind noch nicht so weit. Die Wirkung des Theaters ist nicht die des Films. Der Staat gab dieser Verschiedenheit Ausdruck, als er den Film einer Zensur unterwarf, die er auf das Theater nicht auszudehnen mocht. Um diese willkürliche Maßnahme zu rechtfertigen, beruft sich der Staat auf den gewaltigen Einfluß des Films auf die Masse.

(Ist es aber richtig, daß der Film solche Herrschaft über Millionen Zuschauer ausübt, wie darf da zugelassen werden, daß diese Macht einigen Finanzgruppen ausgeliefert wird, die das Recht haben, die Gehirne der Masse zu verdummen, wenn diese Tätigkeit nur einbringlich ist.)

Das Publikum ist ein Kind, das immer bereitwillig aufnimmt, was es zerstreut: bald eine Leistung von Wert, bald eine Albernheit. Wie sollte diese große, bildsame und gelehrige Masse, deren kritischen Sinn zu wecken und zu formen man nichts unternommen hat, sich gegen den herabwürdigenden Zeitvertreib wehren, den ihm so viele, in Serien nach den schmutzigsten Rezepten verfertigten Fabrikate vermitteln? Wenn wir sagen hören: „Was wollen Sie, wie sollen wir es anders machen? Wir bieten dem Publikum, was ihm gefällt...“, dann denken wir, daß diese Entschuldigung jene verurteilt, die sie anrufen. Wir stellen keineswegs die Forderung nach dem intellektuellen Film auf, aber wir fordern das Kommen eines Films, der sich der Verantwortlichkeit, die in seiner Macht liegt, bewußt ist. Warum gibt es nicht eine Zensur gegen die Dummheit, wie es Prohibitivmaßnahmen gegen den Handel mit Absinth oder Kaufschiffen gibt? Sollte der Geist des Volkes weniger Wichtigkeit haben als die Gesundheit seines Körpers?

(Die hier aufgeworfene Frage ist nicht nur auf den Film beschränkt. Der Rundfunk, das Fernsehen und alle Ausdrucksmöglichkeiten, die uns die Technik gewährt, stellen dieselben Probleme. Sollen diese Mächte dem Erbfeind, der genügend Kapitalien hat, sich ihrer zu bemächtigen, ausgeliefert bleiben? Die Freiheit, die auf diesen Gebieten der Privatinitiative gewährt ist, ist nur eine Karikatur der Freiheit: sie hat die absolute Diktatur einiger Industrie- oder Finanzgruppen auf einem Gebiete zur Folge, das nicht allein materieller Natur ist. Es ist möglich, daß das gegenwärtig herrschende ökonomische und politische System es nicht gestattet, andere Lösungen ins Auge zu fassen; in diesem Fall entspricht das System nicht mehr unserer Epoche und muß abgeändert werden.)

Um beim nächstliegenden und bei bescheidenen Betrachtungen zu bleiben: prüfen wir den Stand der heutigen Weltfilmproduktion. Von der Sowjetproduktion, deren Organisation und Ziel andere sind als in kapitalistischen Ländern, sehen wir ab. Der Film in seiner Gesamtheit ist durch die Konzentrierung der Mittel in Händen einiger Firmen und durch die industrielle Struktur, die diese Firmen einem Tätigkeitsgebiet gegeben haben, das zu seiner Erneuerung vor allem schöpferischer Freiheit bedarf, zu Tode getroffen.

Im Namen finanzieller Grundzüge und aus Angst, Kapitalien aufs Spiel zu setzen, weigern sich die Kaufleute, die den Film beherrschen, den Reichtum auszubauen, den ihnen die Heranziehung junger Begabungen gewähren könnte. Es ist uns freilich gleichgültig, die Industriebesitzer einen zufälligen Profit verschmähen zu sehen. Da aber dieser Profit das einzige Interesse ist, das sie mit dem Film ver-

bindet, erscheint uns ihre Unterlassung als das Zeichen einer besonderen Unfähigkeit. Sie sollten aber trotzdem nicht vergessen, daß nur dank der Heranziehung neuer Methoden und neuer Männer der amerikanische Film zwischen 1913 und 1917 die Vorherrschaft erlangen konnte, die er so lange Zeit hindurch bewahrt hat.

Heute macht das von den Kaufleuten und ihren Handlangern errichtete System jede Neuerung von Begabung oder Genie, die noch im Werden begriffen sind, unmöglich. Dieses System stellt die vollständigste Schutzorganisation gegen alle unbekanntes Kräfte dar, die dem absteigenden Film neues Leben zuführen könnten.

Der in allen Ländern feststellbare Ueberdruß des Publikums kann uns gar nicht überraschen. Welche Fortschritte sind seit vier Jahren erzielt worden? Die ersten Tonfilme — „Melodie der Welt“, „Broadway Melody“ — enthielten für sich allein mehr Neuerungen, als wir in der gesamten



Louis Hagen

der bekannte Kölner Wirtschaftsführer, Präsident der dortigen Industrie- und Handelskammer und Mitglied des Generalrats der Reichsbank, ist im 77. Lebensjahr gestorben. Louis Hagen, der dem Aufsichtsrat einer langen Reihe von deutschen Wirtschaftsunternehmen angehörte, hatte noch vor einigen Tagen bei der Eröffnung der neuen Kölner Börse mitgewirkt und bald darauf einen Schlaganfall erlitten.

folgenden Produktion zu entdecken vermochten. Seither wurde der Film aus industrieller Routine und aus Mangel an Wagemut in die Fesseln des gestimmten Theaters gelegt, das nur einen Teil des Films hätte darstellen dürfen.

Kann das gegenwärtig herrschende Regime geändert werden? Besteht irgendwelche Hoffnung, den Film seine jungen Inspiration wiederfinden zu lassen, das fruchtbare Genie, die seinem heroischen Alter Leben geben? Es ist nicht ausgeschlossen. Die allgemeine Krise zieht die Produktionsgesellschaften hart in Mitleidenschaft. Vielleicht werden sie morgen schon nicht mehr genügend Kredite besitzen, um das Monopol auf einem Gebiet, das ungeheure Kapitalien erfordert, aufrechterhalten zu können. In diesem Fall wird die Serienfabrikation, in die sich heute etliche Konzerne teilen, der Arbeit zahlreicher Gruppen Platz machen. Heute schon kennen viele Länder die Kooperationsproduktion. Gemäß dieser Arbeitsmethode entsteht ein Film durch den Zusammenschluß jener Künstler und Techniker, deren Arbeit gebraucht wird; in diesen Unternehmungen haben die „Superioren“ und sonstigen Vertreter der fabrikmäßigen Filmherstellung nicht mehr die Möglichkeit, ihre absolute Macht auszuüben. Deshalb können Filme, die dieser Arbeitsform ihre Entstehung verdanken, in einem freieren Geiste gedacht und ausgeführt werden, als die in der blinden Disziplin der großen Gesellschaften entstehenden. Gewiß werden so nicht ausschließlich Filme von Wert geschaffen; kein System genügt allein, um Wertvolles hervorzubringen. Aber Männer von Talent werden auf diese Weise Gelegenheit erhalten, hervorzutreten und dem

Film Werte zu schenken, die seiner selbst und seiner weitgespannten Hörer- und Seherzahl würdig sind.

Dieser Aufsatz, der in Frankreich großes Aufsehen erregte und vielfach zustimmend und ablehnend kommentiert wurde, ist am 18. August d. J. in der Tageszeitung „Le Temps“ erschienen. Die eingeklamerten Abschnitte wurden von der Redaktion dieser Zeitung weggelassen. Die voranstehende Uebersetzung geht auf das Original des Clair'schen Aufsatzes zurück.

Harte Arbeit, wenig Lohn

Unerfreuliche Kartoffelbuddel

Auf dem Lande hat die Kartoffelernte begonnen. Emsige Hände raffen die Kartoffeln zusammen. Der Körper der Schaffenden ist immer in gebückter Stellung, so daß das Blut zu Kopf steigt. So mancher Arbeitslose hatte sich für den Herbst auf Arbeit und Verdienst gefreut. Arbeit gibt es wohl, aber wo bleibt der Lohn für sie? Den Arbeitern werden auf vielen Gütern pro Kiepe mit 50 bis 60 Pfund Inhalt ganze 6 bis 8 Pf. gezahlt. Bei sehr fleißiger Arbeit werden im Afford 3,50 bis 4 M., normalerweise jedoch nur 2,50 bis 3 M. verdient.

Der Gesamtlohn eines landwirtschaftlichen Freiarbeiters beträgt pro Tag ungefähr 3,50 M. Die „notleidenden“ Landwirte haben also von der mühsamen Kartoffelbuddel beträchtliche Vorteile, weil die Arbeitslosigkeit den Arbeiter zum Verdienen zwingt. Die Wohlfahrtsunterstützung ist ihm zum Fluch geworden.

„Wann wird das einmal wieder anders werden?“ So hört man immer wieder fragen. Die Antwort? Es wird wieder anders werden, wenn alle diejenigen Arbeiter, die jetzt den Nazis und Nazis nachlaufen und ihnen ein williges Ohr schenken, zu der Erkenntnis gelangt sein werden, daß sie damit in ihr Verderben rennen und es als ihre Pflicht ansehen, mitzuwirken, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei unüberwindlich zu machen.

Kein Lohnabbau bei Henschel

Kassel, 1. Oktober.

Die Belegschaft der Henschel u. Sohn A.-G., Kassel, hat den Lohnabbauverlauf der Firma rasch und energisch zurückgewiesen. Als die Direktion durch Anschlag bekannt gab, daß ab Montag der Lohn für die 31. bis 40. Wochenstunde um 40 Proz. gekürzt werde, legte die Belegschaft die Arbeit geschlossen nieder. Freitags ruhte der Betrieb vollständig. Die Direktion lenkte daraufhin ein und nach stundenlangem Verhandeln erklärte sie sich bereit, den Anschlag zurückzuziehen. Endgültig sind damit wohl die Lohnabbauversuche der Direktion nach nicht begraben. Die Kasselei Metallarbeiter sind jedoch auf dem Posten.

Gräßliche Wurstfabrik

Wie ein Streik wirkt

Der Streik in der Wurstfabrik Brechler A.-G. in Greifenhagen ist nach siebenwöchiger Dauer abgebrochen worden. Gräfin und Graf von Montgelas, die Besitzer der Fabrik, erklärten den Betriebsvertretern, niemals mehr würden sie Vereinbarungen mit der gewerkschaftlichen Organisation treffen, konnte was das wolle. Ob sie von dem am Streik beteiligten Fleischergewerkschaften jemals wieder welche einstellen, das müsse ihnen vorbehalten bleiben, zunächst sei der Betrieb

mit „Arbeitswilligen“ besetzt, die auch mit den gegebenen niedrigen Löhnen zufrieden seien.

Wie wenig Freude die Firma an den Streikbrechern hat, beweist die Tatsache, daß sie bereits zwei Drittel davon entlassen mußte. Es sind aber nicht andere Streikbrecher oder am Streik beteiligte Gesellen an deren Stelle eingestellt, sondern es wird nur noch mit einem Drittel der Streikbrecherbelegschaft „gemurrt“. Daß es dazu kommen mußte, ist auf die „Qualitätsware“ der Streikbrecher und auf die Solidarität der Konsumenten den Streikenden gegenüber zurückzuführen. Von den am Streik beteiligten Gesellen hat die Firma Karl Riemer, Fleischwarenfabrik in Stettin, eine Anzahl eingestellt, die ihr Abgabebiet in vielen Orten Deutschlands hat und wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind.

Rundfunk am Abend

Sonnabend, 1. Oktober

Berlin: 16.05 Orchesterkonzert. Aus Oberschöneweide: Gasschützentrübung der technischen Nothilfe. 18.00 Deutsches Sprachgüt (W. Buschhoff). 18.30 Für den Siedler und Kleingärtner (Rektor W. Woith). 18.40 Clara Schumann-Kreuzkamp: Eigene Dichtungen. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Aus der Heimat Hindenburgs (E. Kretzer). 19.15 Klaviermusik. 19.40 Aus meinen Flegeljahren (L. Fulda). 22.00 Berliner Oktoberfest (Bunter Abend). 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Aus Stettin: Tanzmusik. 23.00 Von dem Trachtenfest des Elsässer und Lothringer Klubs.

Königswusterhausen: 16.00 Weltgeschichtliche Altersleistungen (Professor Dr. P. Herre). 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30 Gefahren des ersten Schuljahres (Franz Dr. Hoffa). 17.50 Denkwürdige Reden (M. Mauri). 18.05 Musikalische Wochenschau (Dr. K. Th. Bayer). 18.30 Deutsch für Deutsche (Dr. J. Günther). 18.55 Wetterbericht für die Landwirtschaft. 19.00 Französischer Sprachunterricht. 19.45 Stille Stunde (Im Spiegel der andern). 20.00 Aus Frankfurt a. M.: Großes Operettenkonzert. 22.20 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatlich 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Sonntag, 2. Oktober

Berlin: 6.15 Funkgymnastik. 6.30 Aus Königsberg: Militärkonzert. 8.00 Mitteilungen für den Landwirt. 9.45 Wettervorhersage. 10.00 Erntedankfestgottesdienst. 11.00 Märchen (Ellen Buel). 11.30 Reichssendung aus Leipzig: Bach-Kantate. 12.05 Aus Hannover: Mittagskonzert. Bayerisches von Kunz Tremel-Eggert (Luise Kastner-Tirsch). 14.00 Soll unser Kind die Mundart sprechen? (Dr. Anneliese Bretschneider). 14.30 Volkslieder und Lautenmusik. 15.00 Wunderrennen unter den Naturvölkern und ihr Geheimnis (H. Knaak). 15.30 Orchesterkonzert. Von der Trabrennbahn Ruhleben: Motorrad- und Kleinwagenrennen des ADAC. (am Mikrophon: A. Braun). 16.30 Hindenburg-Tag. Aus Hindenburgs Werk. „Aus meinem Leben“ (M. Bing). 17.00 Orchesterkonzert. Vom Jubiläums-Rugby-Blitzturnier im SCC-Stadion. 18.15 Stunde fröhlicher Dichtung (E. Laurence). 19.00 Reichssendung: Feierstunde zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg. 20.00 Orchesterkonzert. 20.45 Aus Philadelphia: Hindenburg-Feier. 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.

Königswusterhausen: 14.30 Altitalienische Orchestermusik. 15.00 Sonderbare Gehilfen des Jägers und Fischers (Oberförster a. D. E. von Kapherr). 15.25 Zehn Minuten Lyrik (Dr. F. Michel). 15.35 Dichterstunde. 18.30 Wo steht die moderne epische Dichtung? (Dr. N. Tau). Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatlich 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Multistrierte Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“.

Bezugspreise: Wochentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M., einschließlich 60 Pf. Postzettelung und 72 Pf. Postabgabengebühren. Auslandsabonnement 3,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postfahrendes 4,65 M. Bei Anfall der Zirkulation wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf., Reklamazeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (außer für festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen: Millimeterzeile 18 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 2, wochentäglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Verantwortlich für Politik: Richard Schwarz; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeiten: Herbert Reppe; Lokales und Sonstiges: Fritz Korfhuber; Anzeigen: Otto Henß; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin-Süd 66, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Staats Theater
Sonnabend, den 1. Oktober
Staatsoper Unter den Linden
30 Uhr
Sizilianische Vesper
Staatliches Schauspielhaus
30 Uhr
Wallensteins Lager
Die Piccolomini

VOLKSBUHNE
Theater am Bülowplatz
D. L. Norden 2944. Allabendlich 8^{1/2} Uhr
Der Revisor
von Gogol
Regie: Heinz Hilpert
Auch Sigs. 3^{1/2} Uhr. Preise: 0,75 bis 4,00

PLAZA
1a. 9^{1/2}, 3a. 1,5, 3^{1/2} L.
Heute Premiere!
Der Bethelstudent

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 9231
Sonnabend, 1. Okt.
Turnus II
20 Uhr
Petruschka
Dirigent: Ladwig, Abramowitsch
Groke, Egenlauf
Gianni Schicchi
Dirig.: Teichmann
Hüsch, Friedrich, Plessner

Deutsches Theater
Weidend. 5201.
8 Uhr
Rose Bernd
von Gerhart Hauptmann
mit Paula Wessely

Kammerspiele
8^{1/2} Uhr
Schicksal nach Wunsch
Komödie v. Christa Winsloe
Regie: Rudolf Bier
Meizer, Ullrich, Riemann, Abel, Brausewetter

Schiller
Grolmanstr. 20/21
Steinpl. 60 D 6715
Täglich 8^{1/2} Uhr
Der 18. Oktober
Hellingner, Strömer, v. Alten, Heuser
Regie: Kenter
Theater

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 112
Tel. Weidm. 1 7 3427
3 Uhr
Aschenbrödel
8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
11.30 Uhr
Ganovenschre

Winter Garten
Heute 4 Uhr und 8 Uhr 15
Premiere!
4 Bronnets, George Dormonde
Mary Erik & Co., 7 Alfredos
u. s. w.
Karten: abends schon von 20 Pf. nachm. von 50 Pf. an
Flora 3434. Rauchen erlaubt
Sonnabend und Sonntag auch 4 Uhr zu kleinen Preisen

BERLINER THEAT.
47 Dönh. 425
Täglich 8^{1/2} Uhr
MOISS!
Der lebende Leichnam
50 Pf. — 4 M

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
(Dönhoffplatz)
Dir. Meysel. Dir. Meysel.
Tägl. 8.15 Uhr, Sonntags 3.30 Uhr (ermäßigte Pr.)
Das neue Programm
mit der Post
„Und abends wird getanzt“

8^{1/2} Uhr **CASINO-THEATER** 8^{1/2} Uhr
Lothringer Straße 37.
Auch Sonntags nachm. 4 Uhr:
Neu! Königin der Luft Neu!
Humor! Stimmung!
Man lacht Tränen über Direktor Hans Berg als Tante Julchen.
Gutschein für die Leser 1—4 Personen
Fant. 0,75 M., Sessel 1,25 M., Park. 0,30 M.

Restaurant
Albert Kreklow
Berlin C 2, Neue Promenade 7
Fernruf: D2 Weidendamm 7000
Angenehmer Aufenthalt für Familien, Gesellschaften und Vereine!
Prompteste Bedienung! — Gut gepflegte Getränke!
Allen Freunden und Genossen hallo mich bestens empfohlen!

TELA DER UNZERSTÖRBARE
SCHAFFT GESUNDE, BEHAGLICHE WOHN-RÄUME IM KLEINSIEDLUNGS- U. LAUBENBAU DURCH ISOLIEREN DER WÄNDE, DECKEN, DÄCHER, FUSSBÖDEN MIT **TELA**
ANFRAGEN U. UNTERLAGEN BEREITWILLIGST DURCH
EMIL ZORN A.G. 23, BERLIN-HEINERSDORF

Sturm gegen Goebbels

Noch eine Verfügung

Goebbels' Aufforderung zum Boykott der „bürgerlich-nationalen Presse“ hat über die Hugenbergblätter hinaus einen Sturm der Empörung entfesselt. Der Verein Deutscher Zeitungsvorleger, die große Organisation der deutschen Verleger hat jetzt in Vertretung seiner Mitglieder folgende einstweilige Verfügung gegen die Zeitung „Der Angriff“ und deren Herausgeber, Dr. Joseph Goebbels, bei der 21. Zivilkammer des Landgerichts I erwirkt:

„Den Antragsgegnern wird bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe unterlagt, den Parteibefehl vom 22. September 1932, beginnend mit den Worten „Die sogenannten bürgerlich-nationalen Zeitungen...“ sowie den im „Angriff“ vom 24. September und 27. September 1932 im Zusammenhang mit dem vorbezeichneten Parteibefehl veröffentlichten Aufruf, soweit hierdurch die deutschen Tageszeitungen betroffen werden, weiter zu verbreiten, sowie Erklärungen zu veröffentlichen oder zu verbreiten, welche einen wirtschaftlichen Boykott gegen die deutschen Tageszeitungen, soweit sie nicht als nationalsozialistische Organe anzusprechen sind, enthalten, oder boykottähnlichen Charakter tragen.“

Da hat der geschäftseifrige Goebbels böse ins Fettnäpfchen getreten. Erst läßt ihn Hitler fallen, der seinen schwungvollen Speech für eine Berliner Angelegenheit erklärt, dann läßt ihn Hugenberg 300 000 Mark Geldstrafe androhen und jetzt marschiert noch der ganze Verband der getränkten Konkurrenten ins Feld — zwei Erfolge auf einen Hieb. Gleichzeitig erscheint in der gesamten nationalsozialistischen Presse die Verfügung:

„Die Reichspressstelle der NSDAP, die bisher der Hauptabteilung III der Reichsorganisationsleitung angegliedert war, wird — entsprechend ihrer tatsächlichen, von allen Abteilungen unabhängigen Arbeitsweise — aus der Hauptabteilung III der Organisation herausgelöst und mit sofortiger Wirkung mit unmitelbar unterstellt.“

München, 24. September 1932.

Adolf Hitler.“

Herr Goebbels soll in Zukunft in diese Dinge nichts mehr dreinzureden haben. Hält man dazu noch das Gerücht, nach welchem er jetzt ab in Berlin eine weitere nationalsozialistische Zeitung erscheinen soll, als deren Urheber der Reichstagsabgeordnete Hinkel genannt wird, so ist das Maß der Vertrauensübungen für den eifrigen Joseph voll. Wir empfehlen ihm, seinen Moniteur mit dem Titel „Der Angriff, Kettensackblatt für Dr. Joseph Goebbels,“ herauszugeben, damit sich Titel und Inhalt einigermaßen decken.

Der Rehkopfgriff

Ein Lehrgang für Nazirowdys

Köln, 30. September.

Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ erteilt seinen Lesern in einigen Artikeln einen Unterricht im Schlagen und Prügelein. Dabei müssen „die alten deutschen Raufes“ auferstehen, über deren Können auf dem besagten Gebiet u. a. folgendes festgestellt wird:

„Wie beim modernen Jiu-Jitsu, so spielt auch im alten Ringen der Ellenbogen zum Austreten von Stößen auf das Kinn, in die Zähne, in den Magen, in die Herzgegend oder an die Rippen eine nicht geringe Rolle. Sogar der Kopf wird zu Stößen in den Magen, Unterleib und auch in das Gesicht benutzt, insbesondere wenn der Gegner bereits am Boden liegt, bedient man sich der Bearbeitung des gegnerischen Gesichts mit dem Kopf nach Belieben. Genau so bekannt in der furchterregenden Wirkung wie jetzt waren bei unseren Vorfahren die häufig tödlich verlaufenden Stöße mit dem Knie und der Lunte gegen den Unterleib. Das Reißen an den Haaren war früher, wo man diese lang trug, begreiflicherweise mehr in Übung als jetzt. Trotzdem empfehlen wir, sich damit vertraut zu machen, denn man weiß nicht, wie man es brauchen kann. Wenn man auch der damaligen Empfehlung die Ausübung dieses Handgriffes heute nicht mehr recht nahahmen kann, nämlich die Haare fest um die Hand zu wickeln.“

Am Schluß des letzten Unterrichtsbriefes heißt es: „Das Zudrücken des Rehkopfes hindert den Gegner am Atmen und macht ihn so kampfunfähig. Die Raufes haben deshalb auf diese Ausführung ihrer Kunst die größte Sorgfalt verwandt. Es gibt die verschiedensten Möglichkeiten, mit beiden Händen, mit einer Hand, mit dem Handgelenk, mit den Unterarmen, mit dem Ellenbogen und sogar die Kniegelenke benutzt man zur Ausführung dieses Tricks. Jeder, der gerade in diesem Punkt schon Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatte, wird zugeben müssen, daß die Wirkung eines gut sitzenden Rehkopfes in den meisten Fällen geradezu überraschend ist. Ein kurzer, gar nicht sehr starker Druck genügt oft, um den Gegner ohnmächtig zu machen.“

Ja, und wer von der SA hätte noch nicht in diesem Punkt schon Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit gehabt. War es doch ein Schlag gegen den Rehkopf, den die Freunde des Nazi-Blattes feinerzeit Otto Wels beibrachten!

Wieder verschoben. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, daß die für Oktober vorgesehene Grundsteinlegung zum Reichsdenkmal in Berlin verschoben worden ist.

„Philister ade!“

Das parteilose Blatt der Nazis in Bochum, die „rote Erde“, bereitet in einem Leitartikel unter der Überschrift „Philister ade!“ auf einen starken Abfall der Anhänger vor:

„In einer Zeit, als Papen oberflächlich einseitig tat, was so schien, wie wenn es dem Programm der Nationalsozialisten entnommen sei, da glauben alle die, die mit Mühe und Not einft das Primanerzeugnis auf der Presse, kraft ihrer Beziehungen, ihres Namens endlich Deutnantsachsestücke erhalten hatten, daß sie über kurz oder lang den Weg zu den höchsten Stellen des Staates wieder offen finden würden. Bücher könnte man über die Frechheiten, über die unerträgliche Annäherung schreiben, die sich dieses Geistes in den ersten Wochen der Papen-Regierung leistete. Sie erstrebten das Vermögen und hatten die Frechheit, sich unter das Banner zu stellen, das Entfugung, Hingabe an die große Idee der Allgemeinheit erforderte... Die Aemterträger sehen ihre Hoffnungen enttäuscht, sie tun so, als hätten sie es vor Ungeduld nicht aushalten können, das Vaterland zu retten, wie wenn es ihnen nun zu langsam geht und als hätte Adolf Hitler die Schuld daran.“

Diese Klein- und Hohlköpfe halten sich nun für berechtigt, den Führer zu schelten und allen, die es hören wollen, erklären sie, daß sie dem Nationalsozialismus den Rücken kehren werden. Mögen sie! Es kommt nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität an.“

Und wie stolz war man noch am 31. Juli auf die Stimmen dieser Spießer und Philister — da kam es gar nicht auf die Qualität an, Gott bewahre, sondern nur auf die Masse. Jetzt, wo sie enttäuscht wieder abziehen, kommt der Fußtritt hinterher. Er ist wohlverdient und kennzeichnet beide.

Die SA.-Geheimnisse

Neue Polizeisuche im Braunschweiger „Volksfreund“

Braunschweig, 30. September. (Eigenbericht.)

Am Freitag erschien wiederum ein Gerichtsbescheid in Begleitung eines Polizeibeamten und drei SS-Führern in den Räumen der Redaktion des „Volksfreund“, um sämtliche Schränke und Schreibtische nach Geheimrundschriften der Braunschweiger SA durchzusuchen. Die Durchsuchung verlief vollständig ergebnislos. Da jetzt zwei einstweilige Verfügungen bestehen, kann der „Volksfreund“ bis zum 17. Oktober kein Braunschweiger Geheimmaterial der Nazis mehr veröffentlichen. An diesem Tage ist Termin vor der vierten Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig, da der „Volksfreund“ Widerspruch erhoben hat. Der „Volksfreund“ kündigt aber an, daß er mit der Veröffentlichung von Geheimrundschriften aus dem Braunes Haus in München fortfahren wird. Gleichzeitig fordert er seine „ehrenamtlichen Mitarbeiter“ aus den Reihen der SA und SA auf, ihm weiterhin Material aus der Braunschweiger Bewegung zur Verfügung zu stellen.

Militärpfarrer als Nazi

Wie die nationalsozialistische „Preussische Zeitung“ berichtet, hat vor einigen Tagen in Könnigsberg ein Schulungssturm der Nationalsozialistischen Frauenschaft stattgefunden, in dem u. a. der dortige Wehrkreispfarrer Müller über das Thema „Nationalsozialistische Frau, Kirche und kommunale Kirchenwahl“ sprach. Nach dem Bericht der „Preussischen Zeitung“ hat Pfarrer Müller ausgeführt: „Die deutsche Frau, die deutsche Mutter ist die nationalsozialistische Frau. Sie hat neben der Kirche grundlegenden Einfluß auf die kommende Generation. Deshalb kommt ihr die Pflege der Kirche zu. Für die bevorstehenden Kirchenwahlen ist starker Einsatz der nationalsozialistischen Frau erforderlich.“

Der Fall mühte eigentlich Herrn von Schleicher interessieren. Bei den Ruppigkeiten mit welchen die Nazis neuerdings seine Regierung beehren, ist die „Seelsofuge“ für die Reichsmehrfoldaten wohl doch nicht ganz in den richtigen Händen. Oder tut das der Liebe keinen Abbruch?

Ein Musternazi

Kameraden vom Arbeitsdienst bestohlen

Rendsburg, 30. September.

Eigener Bericht

In Barlabe unterhalten die Nazis unter dem Firmenschild der „Christlichen Rathilfe“ einen freiwilligen Arbeitsdienst, zu dessen Leiter der Nationalsozialist Sommer bestellt wurde, obgleich dieser laubere Marxistenfresser schon recht oft vor Gericht gestanden hatte und wiederholt verurteilt worden ist. Jetzt wurde der Arbeitsdienstleiter Sommer vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in seiner Eigenschaft als Führer des freiwilligen Arbeitsdienstes seine Kameraden um einige hundert Mark betrogen hat.

Hund und Katze



Die Katz, die Katz ist gerettet!

Höllensmaschine in Belgrad

Anschlag auf das Offizierskasino Zwei Unbeteiligte getötet

Belgrad, 30. September.

In der Nähe der Schiffsanlegestelle der Save übergab heute früh 7 Uhr ein elegant gekleideter junger Mann einem Träger ein Paket mit dem Aufschlag, er möge es in das Offizierskasino tragen. In dem Moment, in dem der Träger das Kasinogebäude betrat, explodierte das Paket, das eine Höllensmaschine enthielt. Der Träger und eine Aufräumerin erlitten so schwere Verletzungen, daß sie nach einer Stunde starben. Wie verlautet, soll auch ein Offizier verletzt worden sein. Die Polizei hat sofort die Untersuchung eingeleitet. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Das Abendblatt der „Braunsa“ weist darauf hin, daß General Peter Radivojevič nur durch Zufall dem Tode entgangen ist. Kurz nachdem er nämlich die Kasinohalle verlassen hatte, war die Höllensmaschine explodiert. Soweit festgestellt werden konnte, befand sich in der Höllensmaschine mindestens ein Kilo Dynamit.

Luftfahrtskandal in Paris?

Flugzeugmotorenfabrik in deutschen Händen

Paris, 30. September.

Eigener Bericht

Seit einigen Tagen sind in Paris Gerüchte von einem Skandal in der französischen Flugzeugindustrie verbreitet, in den auch Beamte des Luftministeriums verwickelt sein sollen. Das Luftministerium hat vor kurzem dazu ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem vor der Weiterverbreitung derartiger Gerüchte, die durch die Veröffentlichung verdächtiger Dokumente hervorgerufen seien, gewarnt und erklärt wurde, daß ein gerichtliches Verfahren gegen falscher Papiere eingeleitet worden sei.

Am Donnerstag hat nun ein Pariser Mittagsblatt gemeldet, daß außer diesem Verfahren, das sich nur auf eines der fraglichen Dokumente beziehe, ein anderes Verfahren wegen Beamtenbestechung auf Grund der anderen Dokumente, die von Sachverständigen als authentisch bezeichnet worden sind, angestrengt worden sei. Die „Liberté“ teilt am Freitag mit, worum es sich bei diesem Skandal handelt.

Nach Angabe der Zeitung wird der Direktor einer Aktiengesellschaft, die Flugzeugmotoren für das Luftministerium baut, beschuldigt, die

Mehrheit der Aktien an eine deutsche Firma verkauft zu haben.

Damit würden Fabrikationssehemnisse, die die Landesverteidigung interessieren, an Deutschland ausgeliefert. Aus den Mitteilungen der beiden Zeitungen scheint also hervorzugehen, daß Beamte des Luftministeriums von dem Direktor der betreffenden Firma Schweißgelder erhalten haben. Die „Liberté“ fordert den Luftminister auf, die volle Wahrheit in der Angelegenheit zu suchen, um eine Wiederholung derartiger Attentate gegen die Sicherheit zu verhindern.

Englands Hauptaufgabe

Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland

London, 30. September.

Eigener Bericht

Der Umbau der englischen Regierung ist vollendet und die neuen Minister sind vom König bestätigt worden. Die offizielle Lesart, die Baldwin am Freitag im Rundfunk verbreitete, und die Anschauung der konservativen Presse ist, daß es sich um einen Umbau von Details handelt, während die Struktur des Gebäudes, nämlich das Prinzip der Nationalregierung, sich nicht geändert habe. Selbst der Umstand, daß der konservative Baldwin jetzt zwei Ministerposten trägt, gibt den Konservativen kein größeres Übergewicht, zumal beide Ministerposten solche ohne Portefeuille sind. Baldwin wird das unter der Labourregierung dem Lordfliegelbewahrer zugewiesene Amt eines Ministers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht wieder ausüben lassen. Bei der Verteilung der kleineren Ministerposten ist Sorge dafür getragen, daß die Simon-Liberale als einzige liberale Gruppe, die noch regierungstreu ist, reichlich berücksichtigt wurden.

Zu den unmittelbaren Aufgaben der Nationalregierung gehört auch die

Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich

in der Abrüstungsfrage. Der erste Versuch vor einigen Wochen ist fehlgeschlagen, wie das am Freitag wieder durch Neuraths Äußerungen deutlich wird. Die englische Meinung in England ist ziemlich einmütig in der Kritik der Unzulänglichkeit des englischen Versuchs. Aber jetzt ist es Zeit, so sagt die „Times“, einen neuen Anlauf zu machen. Die unmittelbare Aufgabe der englischen Regierung sei, zu entscheiden, welche deutschen Forderungen konzediert werden, ohne daß die Abrüstung dadurch in Frage gestellt werde und die deutschen Delegierten zur Konferenz zurückzubringen. Die Kabinettsitzung, die am Freitagnachmittag stattfand, hat sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt.

Justiz und Streikrecht

Einstweilige Verfügung gegen Schuharbeiterstreik aufgehoben

Weihenfels, 30. September.

Eigener Bericht

Am Freitagnachmittag wurde in Weihenfels vor dem Arbeitsgericht die von den Weihenfelser Schuhfabrikanten beantragte einstweilige Verfügung, die dem Zentralverband der Schuhmacher unterlag, den Streik wegen des 50prozentigen Lohnabzuges auf Grund der Notverordnung zu unterstützen, nach fünfständiger Verhandlung aufgehoben. Die Aufhebung erfolgte, weil der Zweigverein Weihenfels des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie als nicht aktiv legitimiert zur Beantragung einer einstweiligen Verfügung angesehen wurde. Die Kosten wurden den Antragstellern zugehoben. Der Streikwert auf 3000 Mark festgesetzt. Die Verhandlung für den Schuhmacher-Verband

führten die Vorstandsmitglieder Simon, Leg und Jung, die mit scharfen Worten die juristische und materielle Begründung des Widerspruchs gegen die einstweilige Verfügung vortrugen.

In einer stark besuchten Funktionärerversammlung des Schuhmacher-Verbandes am gleichen Abend wurde von dem Verhandlungsergebnis Mitteilung gemacht, die mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Die Funktionäre verpflichten sich, den Streik geschlossen weiterzuführen

und sich von keiner Seite irre machen zu lassen in dem aufgezwungenen Kampf, der entscheidend für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands werden kann.

Interessant und bezeichnend ist, daß der gleiche Richter, der die einstweilige Verfügung erließ, sie heute wieder aufhob.

Regierung plädiert für sich

Sie klagt die Arbeiter an

Unflich wird gemeldet: Nach den Meldungen, die dem Reichsarbeitsministerium von seinen Schlichtern bis zum 29. September zugehen, konnten in Anwendung der Verordnung rund 13 000 Arbeitslose in Dienst und Arbeit treten. Wie viele wegen des betrieblichen Kleinrieges in Form von wilden (!) Streiks oder wegen der Drohung mit einem solchen Streik nicht eingestellt werden konnten oder gar wieder ausscheiden mußten, steht nicht fest. (!) Es haben auch noch nicht alle Schlichter die geforderten Meldungen gemacht.

Im allgemeinen liegt die Kurve der Arbeitslosenziffer noch höher als um die gleiche Zeit des Vorjahres.

Die Kurven 1931 und 1932 laufen aber auch jetzt noch nicht parallel, sie nähern sich einander, wie wenn sie den gemeinsamen Schnittpunkt suchen wollten. Die Reichsregierung gibt ihren Wirtschaftsplan um die — nur für die Uebergangszeit bestimmte — Verordnung nicht preis. Sie erwartet einen Abbau der Arbeitslosigkeit und einen Aufbau der Belegschaften. Die Behauptung in einem Teil der Presse, daß die Gewerkschaften aller Richtungen die Streiks für berechtigt halten, hat sich als unrichtig erwiesen. Es ist anzunehmen, daß der gewalttätige Widerstand gegen Grund und Zweck der Verordnung (das ist eine unbeweisbare Behauptung) an dem Verständigungswillen der Betriebe und ihrer Belegschaften scheitern wird. Jedenfalls

steht die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß in der Anwendung der Verordnung durch den Arbeitgeber eine Verletzung weder des Arbeitsvertrags noch des Tarifvertrags gefunden werden kann

und daß etwaige gewalttätige Gegenmaßnahmen einer Tarifpartei deshalb eine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht darstellt.

Vom 1. Oktober an kann für die Einstellung von Arbeitslosen auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie in Form von Steuergutscheinen erworben werden. Von dem Zusammenwirken aller Maßnahmen erwartet die Reichsregierung eine Verbesserung des Arbeitsmarktes; sie wird, wenn die Erwartung sich erfüllt, die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenhilfe für die rauhe Jahreszeit erhöhen.

Im ganzen Reich sind also nach der amtlichen Darstellung während der ersten 24 Tage insgesamt 13 000 Neueinstellungen von den Unternehmern auf Grund der Notverordnung angemeldet worden. Selbst wenn man annimmt, daß diese 13 000 Neueinstellungen ohne die Notverordnung nicht eingestellt worden wären, so würde das Ergebnis immer noch ein absoluter Fehlschlag sein. Man bedenke, daß für jeden Eingestellten der Unternehmer eine Jahresprämie von 400 Mark bekommt, ganz abgesehen von der Ermächtigung, die Tariflöhne zu senken.

Man erinnere sich, daß die Regierung angeklagt hat, es würden durch die vorgesehene Maßnahmen 1½ Millionen Arbeitslose in Arbeit kommen,

und es wird einem ohne weiteres klar, daß die Zahl von 13 000 Neueinstellungen in einem grotesken Mißverhältnis zu den Ankündigungen steht. 13 000 sind eingestellt worden. Das Reichsarbeitsministerium sagt aber nicht, wieviel innerhalb derselben Zeit entlassen worden sind. Das Reichsarbeitsministerium gibt selbst zu, daß die Kurve der Arbeitslosenziffer noch höher liegt als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Dabei handelt es sich um die Zahlen der Reichsanstalt. Wir haben gestern auf Grund der Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung mitgeteilt, daß in der Statistik der Reichsanstalt

2 Millionen Arbeitslose fehlen.

Kein Wunder also, wenn sich die Kurven von 1931 und 1932 nähern. 1931 gab es noch keine Hilfsbedürftigkeitsprüfung.

Das Reichsarbeitsministerium sucht frampfhast nach einer Zurede für das Mißlingen des Plans und behauptet, daß der „betriebliche Kleinrieg“ und die „wilden Streiks“ Einstellung von Arbeitern verhindert hätten oder daß sogar eingestellte Arbeiter deshalb wieder entlassen worden seien. Vorsichtig fügt das Reichsarbeitsministerium allerdings hinzu, es stünde nicht fest, wieviel das seien. Wir haben schon einmal aufgezeigt, daß dieser Kniff, die Arbeiter verantwortlich zu machen für

die Pfuscharbeit der Notverordnung,

sich von selbst widerlegt. Wenn auch nur ein einziger Arbeiter entlassen worden wäre wegen des Widerstandes gegen den Lohnabbau, wenn auch nur ein einziger Arbeiter wegen angeblicher Streikdrohung nicht eingestellt worden wäre, so würde der betreffende Unternehmer nicht verfehlt haben, dies mitzuteilen, und die gesamte Papenpresse und alle Rundfunksender würden das mit tränenerfüllter Stimme in die Welt posaunt haben. Selbst wenn die Unternehmer die Tariflöhne nicht kürzen können, so haben sie

auf Grund der Prämie von 400 Mark einen so ungeheuren Anreiz zur Einstellung von Arbeitern,

daß das „Unglück“, die Tariflöhne wirklich zahlen zu müssen, sie nicht an der Einstellung von Arbeitern hindern könnte. Charakteristisch dafür ist unsere Meldung aus Bad Kreuznach, die wir an anderer Stelle veröffentlichten. Gerade durch den Widerstand der Arbeiter kam es zu Neueinstellungen. Wenn der Reichsarbeitsminister wiederholt, daß ein Streik gegen die Unterschreitung der Tariflöhne eine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht darstelle, so erwidert es sich, die Unrichtigkeit dieser Behauptung nochmals zu widerlegen.

Die Ankündigung, daß die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenhilfe erhöht würden, wenn sich die Erwartungen der Reichsregierung erfüllen, ist weniger als ein magerer Trost. Denn es steht jetzt schon fest, daß sich die Erwartungen der Reichsregierung nicht erfüllen werden.

Die Berliner Filialleitung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes gab sich mit der Zerklüftung des Reichstarifvertrages durch die Männer des „neuen Systems“ nicht zufrieden. Sie machte den Versuch, für die Berliner Herrenmaßschneider eine Lohnregelung auf örtlicher Grundlage herbeizuführen. Dieser Versuch ist ihr gelungen.

Die Berliner Unternehmer des Herrenmaßschneidergewerbes haben sich nach mehrmaligen Verhandlungen bereit erklärt, einen Ortstarif abzuschließen, der in der Spitze einen Stundenlohn von 90 Pfennig, also genau soviel vorsieht, wie in dem Schiedsspruch festgesetzt war, der aber damals von den Unternehmern abgelehnt und daher vom Reichsarbeitsministerium nicht für verbindlich erklärt worden war. Der Lohn von 90 Pfennig liegt 3 Pfennig über dem Lohn, den die Unternehmer auf Anweisung ihrer Organisation nach dem Ablauf des Reichstarifvertrages diktieren hätten.

Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Herrenmaßschneider haben zu dem Verhandlungsergebnis am Donnerstag in einer Branchensammlung Stellung genommen und ihm nach einem eingehenden Bericht des Branchenleiters, Genossen Faustmann, mit ganz geringer Mehrheit zugestimmt. Durch diese Zustimmung ist das Lohnabkommen in Kraft getreten.

Streik im Einzelhandel?

Beschluß der Belegschaft von Leiser

Wie außerordentlich ernst die Situation im Berliner Einzelhandel wegen der unnachgiebigen Haltung der Unternehmer in der Frage des Neuausschlusses des Gehalts- und Manteltarif für die Angestellten ist, zeigte eine Betriebsversammlung der Firma Leiser am Donnerstag im Clubhaus in der Ohmstraße. Die Versammlung nahm die Berichte der Organisationsvertreter über die Verhandlungen mit den Einzelhändlern und die Abauforderungen mit Entrüstung entgegen. Die Organisationsvertreter erklärten unter voller Zustimmung der Versammelten,

daß sich keine Gewerkschaft dazu hergeben wird, mit den Einzelhändlern Verschlechterungen der Gehalts-, Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter zu vereinbaren. Von den Angestellten und Arbeitern der Firma Leiser wird von den Gewerkschaften erwartet, daß sie einem Ruf der Gewerkschaften zur Einstellung der Arbeit, der schon in den nächsten Tagen ergehen könnte, Folge leisten. Den Unternehmern des Einzelhandels wird diesmal gezeigt werden, daß es nicht mehr möglich ist, die Löhne und Gehälter zu senken, ohne den schärfsten Widerstand herauszufordern.

In der anschließenden Diskussion kam eine vorbildliche Kampfschlossenheit der Belegschaft zum Ausdruck. Der Betriebsrat wurde beauftragt, mit der Firmenleitung umgehend zu verhandeln und in diesen Verhandlungen die Weiterzahlung der bisherigen Löhne und Gehälter zu fordern. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen soll der Belegschaft in einer Betriebsversammlung, am Sonnabend Bericht erstattet werden. Die Belegschaft brachte in der Entschlossenheit zum Ausdruck, daß sie fest entschlossen ist, in den Streik zu treten, wenn die Firma ihre Forderungen ablehnt.

Lohnabbau abgewehrt

Bekehrte Stahlhelmer

Bad Kreuznach, 30. September.

Die Fa. Betr. Schneider, Lederfabrik, Bad Kreuznach, teilte der Belegschaft durch Aushang mit, daß sie von der Notverordnung vom 5. September d. J. Gebrauch mache. Sie habe seit dem Stichtag 29 Arbeiter mehr eingestellt und sei somit berechtigt, die Stundenlöhne für die 31. bis 40. Stunde um 50 Proz. zu senken. Das ergäbe bei dem Durchschnitt der 50stündigen Wochenarbeitszeit eine Lohnsenkung von 10 Proz.

Der Belegschaft, 121 Mann, die schlecht organisiert ist, hervorgerufen durch Stahlhelmu- und Ledertriebe einzelner Arbeiter und des Teilhabers Rudi Schneider, war dies doch zu starker Lobak. In einer Betriebsversammlung wurde einstimmig beschlossen, der Maßnahme den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Als die Firma aber nicht nachgeben wollte, beschloß die Belegschaft, in passiver Resistenz einzutreten. Auf Grund dieses Beschlusses zog die Firma ihre Maßnahme zurück, setzte die Arbeitszeit auf 40 Stunden herab und stellte eine erhebliche Anzahl Arbeitskräfte neu ein.

Endlich dämmerte es nunmehr auch bei den Stahlhelmliegern im Betriebe. Sie kehrten diesem den Rücken und traten dem Deutschen Lederarbeiter-Verband bei. Da auch sehr viele Frauen dort beschäftigt sind, dürfte der Königin-Luise-Bund ebenfalls seine „treuen“ Mitglieder verlieren, da auch sie dem deutschen Lederarbeiter-Verband beitreten.

Notverordnungsreflexe

Und wie es in Wirklichkeit aussieht

In der rechtsstehenden bürgerlichen Presse wird jetzt eine intensive Reflexe über den „Erfolg“ der Papenschen Notverordnung vom 5. September getrieben. Wie es mit der angeblich erzielten „Anfurbelung der Wirtschaft“ bestellt ist, beleuchtet folgende Zählweise:

Vor einigen Tagen brachten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ unter der Rubrik „Die Wirtschaft turbelt an“ folgende Notiz:

„Wir hören von der Firma Oskar Brandstetter, Leipzig, eine der führenden Druckereien Deutschlands, daß sie allein in der letzten Woche über 50 Neueinstellungen vorgenommen hat, und daß sie glaubt, ihre jetzige circa 1000 Mann betragende Belegschaft in Kürze auf 1200 bis 1300 unter Ausnutzung der in der letzten Notverordnung vorgezeichneten Vergünstigungen erhöhen zu können. Als besonders beachtlich und nachahmenswert erscheint uns die Absicht, die seit längeren Monaten unterbrochenen Maschinenneuanfassungen wieder aufzunehmen, womit auch Arbeitern anderer Industriegruppen Beschäftigung und damit Brot zugeführt würde.“

Wie ist die Wirklichkeit?

Die Behauptung, die 50 Einstellungen seien auf Grund der Notverordnung vorgenommen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Firma war gezwungen, da ihre Belegschaft auf das denkbar niedrigste Maß reduziert war, zur Herstellung eines jeden Monat wiederkehrenden festen Auftrages Arbeitskräfte einzustellen. Zur Herstellung dieses Auftrages benötigte die Firma 50 Personen; von diesen 50 Aushilfskräften wurden nach kurzer Zeit 40 wieder entlassen. Im Betrieb der Firma Oskar Brandstetter ist es zur Regel geworden, die Belegschaftsstärke so niedrig wie möglich zu halten. Beim geringsten Auftragszugang müssen Aushilfskräfte eingestellt werden. Geht der vorhandene Auftragsbestand zurück,

Die Nazis stellen sich um

Unter Berufung auf das Pressegesetz erhalten wir folgende „Berichtigung“ von einem „Pg.“ Klugert:

„Den in Nr. 443 des 49. Jahrganges des „Vorwärts“ erschienenen Artikel unter der Überschrift „Die Nazis stellen sich um“ berichte ich dahin: Es ist nicht wahr, daß die Ausführungen, die ich in der Betriebszellenversammlung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation der Darmstädter getan habe, un wahr sind. Wahr ist vielmehr, daß sie in allen Teilen der Wahrheit entsprechen. Dagegen ist un wahr, daß ich gesagt habe, man hätte sich schon vor Veröffentlichung der Notverordnung von Seiten der Gewerkschaften mit dem Abbau der Löhne einverstanden erklärt. Un wahr ist ferner, daß ich ein „gut bezahlter Bontje“ der NSDAP bin. Wahr ist vielmehr, daß ich meine Tätigkeit für die NSDAP, und die NSD, ehrenamtlich ausübe.“

Es ist nicht wahr, daß etwas un wahr ist, wahr ist, daß es wahr ist. Was ist Wahrheit? Kommt das Schreiben aus einer Irrenanstalt?

Rein, der Pg. Klugert ist richtig. Er hat nur eine etwas lange Leitung. Ist das aber ein besonderes Kennzeichen für einen Nazi?

Wir veröffentlichen in unserer Morgenausgabe vom 20. September einen Bericht unfreies Genossen Benz vom Betriebsrat der Darmstädter über einen Vortrag des erwähnten „Pg.“ in der Nazi-Zelle. Befragter Klugert hatte dort die komischsten Geschichten erzählt. Wie Hitler in Düsseldorf den Schmeindindustriellen den Marsch gebahnt habe, ihnen gesagt, mit der Profitwirtschaft müsse Schluss gemacht, die sozialistische Planwirtschaft eingeführt werden. In diesem Stiefel ging es weiter. Wogu wir einige sanft ironische Bemerkungen machten.

Nachdem er die Sache acht Tage beschlafen hatte, schickte uns also Pg. Klugert die vorstehende „Berichtigung“ über die Wahrheit — wie sie ein Nazi versteht. Nur eines hat der unfleuge Klugert zu berichtigen vergessen: nämlich daß Hitler, wie wir bemerkten, in seinem Buch „Mein Kampf“ das Gegenteil von dem gesagt hat, was Klugert ihn vor den Industriellen sagen läßt. Was wahr ist, ist eben wahr.

Streikerfolg der Leinenweber

Zur Beilegung des Streiks in der Landes-huter Leinenweberei hat der Vorstand der Ostdeutschen Textilmerte A.-G. beschlossen, vorläufig die Zuschläge über die beabsichtigte Lohnsenkung zurückzuziehen. Die Betriebsleitung will gemeinsam mit der Belegschaftsverretung zunächst die Durchführung der Notverordnung klären.

Arbeiter und Arbeiterinnen, die in diesem Jahr schon zwölf- bis fünfzehnmal eingestellt und entlassen wurden,

sind im Betrieb Oskar Brandstetter keine Seltenheit. Grotesk klingt es geradezu, daß in den ersten Tagen, als die Anfurbelung des Betriebes in Erscheinung treten sollte, die bestehenden Arbeitszeiten in den Sagabteilungen von 48 und 40 Stunden auf 36, 32 und 24 Stunden herabgesetzt wurden! Der Schlußsatz der „Anfurbelungsnotiz“ der „NA“ ist einfach tödlich, nach der „die seit längeren Monaten unterbrochenen Neuanfassungen von Maschinen nunmehr wieder aufgenommen werden, damit anderen Industriegruppen Beschäftigung und damit Brot zugeführt werde“. Hierzu müssen wir feststellen, daß die Firma Oskar Brandstetter in letzter Zeit

zwei alte Linotype-Schneidmaschinen

für ihren Betrieb kaufte, die in einem anderen Betrieb schon ein Lebensalter hinter sich hatten. Der vorhandene große Maschinenbestand bei der Firma Oskar Brandstetter läßt auf lange Zeit hinaus die Frage von Neuanfassungen nicht aufkommen.

Und nun kommt die Pointe: Auf Grund ihrer betrieblichen Verhältnisse in Verbindung mit der Notverordnung ist sich die Firma Oskar Brandstetter darüber klar geworden, daß sie als Vorkämpferin für die Papen-Verordnung im Leipziger graphischen Gewerbe nicht geeignet ist und hat zur Zeit von einer Durchführung der Notverordnung in ihrem Betrieb Abstand nehmen müssen.

Der Streik bei Scherl

Auszahlung des Lohnes verweigert

Am Arbeitstempel bei Scherl sind im Laufe des gestrigen Tages nennenswerte Veränderungen nicht eingetreten. Lediglich die Facharbeiter der Abteilung Buchbinderei in Stärke von etwas über fünfzig Mann haben sich den übrigen Streikenden angeschlossen. Dagegen haben es die Maschinen-seher der Firma Scherl aus tatsächlichen Erwägungen abgelehnt, ebenfalls in den Ausstand zu treten. Soweit Berichte vorliegen, sind Bemühungen der Firma, Streikbrecher heranzuziehen, gescheitert.

Wie gestern vormittag in der Vollversammlung der Streikenden in den „Armin-Sälen“ mitgeteilt wurde, haben sachliche Verhandlungen über die Kampfordernungen nicht mehr stattgefunden. Der Arbeiterrat steht trotzdem seine Bemühungen fort, eine Verständigung im Sinne der Streikenden herbeizuführen. Verschärft hat sich die Situation insofern, als die Firma die am Freitag fälligen Löhne nicht ausgezahlt hat. Nähere Nachrichten über die Zahlung des Restlohnes an die am Kampf beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgen heute, Sonnabend, um 10 Uhr vormittags, in der Streikerversammlung in den Armin-Sälen Kommandantenstraße 58.

Im übrigen gab die gestern tagende Streikerversammlung erneut dem festen Willen Ausdruck, im Kampfe durchzuhalten.

Wieder Tarifvertrag

In der Herrenmaßschneiderei

Das Reichsarbeitsministerium hat vor einigen Wochen die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches für das deutsche Maßschneidergewerbe abgelehnt. Der Schiedsspruch setzte den Spitzenlohn der Herrenmaßschneider auf 90 Pfennig fest. Infolge dieser Entscheidung arbeiten die Herrenmaßschneider im ganzen Reich seit dem 1. September tariflos.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Woll und Seil“.
Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Volkstag 1,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitung, und 72 Pf. Postbeleggebühren. Auslandsabonnements 3,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 M. Bei Ausfall der Zeitung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.
Anzeigenpreise: Die einseitige Millimeterzeile 30 Pf., Rückseite 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das stündliche Wort 20 Pf., (außer zwei festgesetzte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Jede über 10 Buchstaben zählende Zeile für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Anzeigenstraße 2, wochentäglich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht geheimer Anzeigen vor.
Verantwortlich für Politik: Richard Schwarz; Wirtschaft: G. Klingelböck; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fußball: Herbert Reppke; Lokales und Sonstiges: Fritz Rorshab; Anzeigen: Otto Feghli; sämtlich in Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanhang Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.
Siegen 2 Beleges.